

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

57 (8.3.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postfach monatl. 1.10 M., 1/2jährl. 3.30 M., Zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7-11 u. 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 g. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größt. Aufträge nadm. zuvor — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sedt & Co., Karlsruhe.

Friede mit Finnland.

Der Friedensvertrag mit Finnland unterzeichnet.

Berlin, 7. März. (WVB. Amtlich.) Heute mittag ist der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland, ebenso ein Handels- und Schiffsabkommen, sowie ein Zusatzprotokoll zu beiden Verträgen unterzeichnet worden.

In Artikel 1 wird erklärt, daß zwischen Deutschland und Finnland kein Kriegszustand besteht und daß die vertragsschließenden Teile entschlossen sind, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.

Deutschland wird dafür eintreten, daß die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands von allen Mächten anerkannt wird. Dagegen wird Finnland keinen Teil seines Besitzstandes an eine fremde Macht abtreten, noch einer solchen Macht ein Gebiet in seinem Hoheitsgebiet einräumen, ohne sich vorher mit Deutschland darüber verständigt zu haben.

Die folgenden Artikel betreffen die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen sofort nach der Befähigung des Friedensvertrages, gegenseitigen Verzicht auf Kriegskosten und Kriegsschäden, die Wiederherstellung der Staatsverträge und der privaten Rechte, den Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten und den Ersatz für Zivilschäden.

Was die staatlichen Verträge anbelangt, so sollen die außer Kraft getretenen Verträge zwischen Deutschland und Finnland durch neue Verträge ersetzt werden, die den veränderten Umständen und Verhältnissen entsprechen. Insbesondere soll alsbald über ein Handels- und Schiffsabkommen verhandelt werden. Einweilen werden die Verkehrsbeziehungen zwischen den beiden Ländern durch ein Handels- und Schiffsabkommen geregelt.

Bezüglich der Räteverträge treten alle Kriegsgesetze mit der Befähigung dieses Vertrages außer Kraft. Die Schuldverhältnisse werden wieder hergestellt, die Bezahlung der Verbindlichkeiten, insbesondere der öffentlichen Schuldendienst wieder aufgenommen. Zur Feststellung der Zivilschäden soll in Berlin eine Kommission zuammentreten, die zu einem Teil aus Vertretern der beiden Teile und neutralen Mitgliedern gebildet wird. Um die Bezahlung der neutralen Mitglieder, darunter des Vorsitzenden, wird der Präsident des Schweizer Bundesrates gebeten werden.

Die Deutschen in Finnland sollen hinsichtlich bald ausgetauscht, die beiderseitigen verschollenen oder internierten Zivilpersonen heimgeführt werden.

Es folgen Bestimmungen über eine Amnestie, über die Zurückgabe oder Ersatz von Kaufschreibern usw.

Zur Regelung der Handelsfrage wird bestimmt, daß die auf den Inseln angelegten Befestigungen sobald als möglich entfernt und die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln durch ein besonderes Abkommen geregelt werden soll.

Die Befähigungsurkunden sollen hinsichtlich bald in Berlin ausgetauscht werden.

Zur Ergänzung dieser Verträge werden binnen vier Monaten nach der Befähigung Vertreter der vertragsschließenden Teile in Berlin zuammentreten.

WVB. Berlin, 7. März. (Nicht amtlich.) In dem gleichzeitig mit dem Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland abgeschlossenen Handels- und Schiffsabkommen wird bestimmt, daß die Angehörigen eines jeden der vertragsschließenden Teile im Gebiete des anderen Teiles in Bezug auf Handel und sonstige Gewerbe die gleichen Rechte und Begünstigungen aller Art genießen, die den Angehörigen des einen oder des anderen Teiles zustehen. Während des Bestehens dieses Abkommens wird der finnische Zolltarif nach dem Stande vom 1. Januar 1914 gegenüber Deutschland in Anwendung kommen. Der Tarif darf während dieser Zeit Deutschland gegenüber weder erhöht noch durch Zölle auf bisher zollfreie Waren erweitert werden. Auch bezüglich der Eisenbahnen und Seeschifffahrt wird Weisheitsbegünstigung vereinbart. Grundsätzlich des Schutzes des gewerblichen Eigentums und des Urheberrechtes gelten die Bestimmungen der revidierten Pariser Übereinkunft vom 2. Juli 1911 und der revidierten Berner Übereinkunft vom 28. November 1908. Der Post- und Telegraphenverkehr soll nach den Bestimmungen des Weltpostvertrages und seiner Nebenabkommen aufgenommen werden. Die näheren Festsetzungen erfolgen durch Abkommen zwischen den beiderseitigen Verwaltungen. Schon jetzt wird vereinbart, daß die Telegramme bis auf weiteres über Schweden geleitet werden und daß die Wortgebühr für ein gewöhnliches Telegramm 25 Centimes betragen soll.

Das wäre also der vierte der bis jetzt erfolgten Friedensschlüsse. Auf dem Papier wären wir also formell fertig mit dem Osten. Ob der Friede dauerhaft sein wird, muß die Zukunft lehren. Schon taucht eine neue dunkle Wolke im Osten

mit, nämlich Japan, welches seine Hand nach Sibrien ausstrecken will, oder wenigstens auf Teile davon. Es gibt Leute, die meinen, der nächste Friedensschluß wird derjenige mit Japan sein. Möglich, daß sie recht bekommen. Trotz allem verflämehafteste Getöse der Entente kann nicht zudeckt werden, daß mit dem Eingreifen Japans in Sibrien Interessen der Vereinigten Staaten in erheblichem Maße verletzt werden. Der Tag kann nicht ausbleiben, wo diese Gegeißel aufeinanderprallen.

Jedenfalls sind wir im Osten, wenn auch nur formell, zu einem gewissen Abschluß gelangt. Wir halten es für ausgeschlossen, daß die bis jetzt erzielten Friedensschlüsse im Osten gar keine Wirkung auf den Westen ausüben sollten und wegen, wenn auch im hinteren Winkel, die Hoffnung, daß die Völker schließlich doch bald einlenken, jedoch es nicht zu einem neuen Blutbad größeren Stils im Westen kommt.

Die Friedensbedingungen für Rumänien.

Wien, 6. März. (WVB. Nicht amtlich.) Die Mütter erhalten von unterrichteter Seite folgende Bemerkungen über die hauptsächlichsten Bedingungen des Vorvertrages mit Rumänien. Die Rückgabe der Dobrußa bis an die Donau in die Hände des Reiches erfolgt, um Rumänien diesen Entschluß zu erleichtern. Dieser Punkt betrifft Oesterreich-Ungarn nur indirekt. Die Zusage eines Handelsweges sowohl zu Lande von Cernavoda bis Constanza, dann zur See von Constanza über das Schwarze Meer gibt Rumänien die Möglichkeit seiner Wiederaufnahme in friedlicher Arbeit und beweist, daß die Mittelmächte keine wirtschaftliche Erdrosselung Rumäniens aufreihen. Die Grenzberichtigungen an der siebenbürgischen Grenze sind im großen und ganzen zum Schutz des Oesterreich-Ungarn Reiches von Petrosani sowie zur Vorzüge gegen die Erneuerung eines hinterlägen Ueberfalls bestimmt, die keineswegs tiefer in das rumänische Gebiet hineinreichen und natürlich auch keine annerkennungswürdigen Charakter tragen. Die wirtschaftlichen Forderungen beziehen sich hauptsächlich auf die Einfuhr von Petroleum, sowie landwirtschaftliche Produkte. Die Räumung des österr.-ungarischen Gebietes durch die rumänischen Truppen betrifft die letzten Reste des von Rumänien besetzten Gebietsstreifens in der Dreiländerrede. Die Bestimmungen endlich, daß Rumänien den Truppentransport der Verbündeten nach Odesa eisenbahntechnisch unterstützen werde, erweisen notwendig, um die Sicherheit des Abtransportes großer in Odesa lagernder Getreidemengen auf der Wolga und dem Dnjepr, jenseits nach der Donaumündung über die Donau nach der Zentralstaaten sicherzustellen, damit auf diesem Wege die endgültige Durchbrechung des von den Feinden um die Mittelmächte gelegten Blockades gesichert erziele.

Wien, 8. März. (Wien. Corr.-Bur.) Aus Bukarest wird gemeldet: In der gestrigen und vorgestrigen Sitzung der Friedenskonferenz im Schloß Bukarest wurden im wesentlichen der Arbeitsplan der Konferenz festgesetzt. Es soll ein politischer, ein militärischer, ein rechtspolitischer und ein handelspolitischer Ausschuss gebildet werden. Die Vertreter der Verbandsmächte werden in alphabetischer Reihenfolge den Vorsitz führen. Die Sitzungen werden fortan nicht mehr auf Schloß Bukarest, dessen Entfernung von Bukarest immerhin beträchtlich ist, sondern in dem in der Nähe von Bukarest gelegenen königlichen Schloß Cetoceni stattfinden.

Der Friedensschluß und die Arbeiter.

In einer Besprechung der Schlußsitzung der Friedensverhandlungen in Vresch-Ditowski stellt der „Vorwärts“ fest, daß bei diesem Frieden dem Sozialismus aller Richtungen der erste Erfolg verjagt geblieben ist, und fährt fort:

Der Vorwurf Soldatnikows richtet sich auch nicht an die deutsche Sozialdemokratie, sondern an die deutsche Arbeiterklasse jenseits, an die Arbeiterklasse ohne Unterschied der politischen Richtung. Diese hätte, das ist der eigentliche Sinn, in Deutschland einen revolutionären Machtkampf entfesseln müssen, um auf diese Weise einen demokratischen Frieden zu erzwingen. Zu einem solchen Machtkampf fehlten aber alle Voraussetzungen, vor allem in der Mentalität der deutschen Arbeiter. Selbst die deutschen Arbeiter sagen sich, daß durch den revolutionären Machtkampf nicht der demokratische Frieden, sondern der imperialistische Machtkampf und Gewaltfrieden zu Gunsten der Entente verwirklicht werden würde, und das ist der Friede, den von allen denkbaren die deutschen Arbeiter am allerwenigsten wollen. Unter diesen Umständen konnte die deutsche Arbeiterklasse gar keine andere Politik treiben als die der deutschen Sozialdemokratie. Sie mußte ihr Neuhieros aufziehen, um Macht zu erwerben, Einfluß zu gewinnen, in der Hoffnung, es werde ihr dadurch gelingen, eine Entwicklung aufzuhalten, die sie für verhängnisvoll hält. Es ist ihr nicht gelungen. Aber denen, die ihr deswegen Vorwürfe machen, kann sie entgegenhalten, daß die konsequente Methode, die es außer der deutschen sozialdemokratischen gibt, nämlich die bolschewistische, nicht einmal einen Gewaltfrieden verhindern kann, der auf Kosten des eigenen Landes geschlossen wird. Wir geben uns über die Haltung und den Einfluß der englischen und der französischen Arbeiterklasse im Falle

einer deutschen Niederlage keinen Illusionen hin und möchten nicht den Tag erleben, an dem sich die Zukunft Deutschlands nur noch an ihre Stärke und ihren guten Willen klammert. Sofern wir beklagt von uns etwas, was wir nicht leisten können, was jedes Land nur für sich selber leisten kann. Nur England konnte Rußland helfen.

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 7. März 1918. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Nordwestlich von Dismund brachten Sturmabteilungen von einem Angriff gegen zwei belgische Geschütze drei Offiziere, 114 Mann und einige Maschinengewehre ein. Die Artillerietätigkeit lebte in vielen Abschnitten auf. Mehrfach wurden englische Erdmündungsröhren abgewiesen.

Die französische Artillerie entwickelte an vielen Stellen der Front rege Tätigkeit. Nordwestlich von Avocourt drangen Stoßtrupps tief in die französischen Stellungen ein und lebten nach heftigem Kampf und nach Zerstörung zahlreicher Unterstände mit 27 Gefangenen zurück.

Im Luftkampf wurden gestern 19 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone abgeschossen. — Hauptmann Ritter v. Lutschek errang seinen 26. Luftsieg. Durch Bombenabwurf englischer Piloten auf ein Lazarett und Tourcoing wurden zahlreiche französische Einwohner getötet. — Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Fliegerangriff auf Nancy.

Bern, 7. März. (WVB. Nicht amtlich.) Pariser Blätter berichten, daß in der Nacht vom 26. zum 27. Februar zwischen 11 Uhr und Mitternacht deutsche Flugzeuge mehrere Luftangriffe auf Nancy unternahmen, wodurch in der Stadt und ihrer Umgebung beträchtlicher Schaden angerichtet wurde. Ungefähr sieben Personen wurden getötet. In der Stadt entstanden mehrere Brände. In mehreren Stellen sind Häuser eingestürzt und ungeheure Trichter aufgeworfen. Dem „Journal“ zufolge sind beinahe alle Stadtviertel schwer getroffen.

Die letzten Kämpfe in der Champagne.

Berlin, 7. März. Ueber die Kämpfe in der Champagne an der Westfront zwischen La Fère und Ripont wird nachträglich noch folgendes berichtet: Am 18. Februar hatte der französische von 10000 Kräfte durchgeführte Angriff die deutsche Stellung in einem Kilometer Tief und 1200 Meter Breite erobern können. Damit hatten die Franzosen eine Frontüberhöhung erreicht, durch die sie zwei bis drei Bataillone herauspressen konnten. Der deutsche Gegenangriff vom 18. Februar eroberte das verlorene Gelände zurück, das aber infolge eines überlegenen Gegenangriffs der Franzosen gegen die völlig zertornelten Gräben wieder aufgegeben werden mußte. Daß dies nur vorläufig sein konnte, war beiden Parteien klar. Während der deutschen Vorbereitung zu einem abermaligen Angriff rüsteten die Franzosen mit allen Mitteln zur Abwehr. Ihre große Kavallerie löste bei geringstem Anlaß sofort stärkste Sperrfeuer aus. Trotz der langen Vorbereitung und sicheren Erwartung traf sie der deutsche Angriff am 1. März völlig überraschend. Bei schlechtestem Wetter durch fahnen Schampagneschlamm vorrückend, überwand die deutsche Infanterie die steilen Hänge. Dem musterhaften Zusammenarbeiten aller Waffen war voller Erfolg beschieden. Trotz der zum Teil äußerst erbitterten Kämpfe um einzelne Gräben und Unterstände war bereits nach 20 Minuten die ganze ehemalige Stellung wiedergewonnen. An einigen Stellen waren deutsche Stoßtrupps sogar über die frühere Linie hinausgelangt. Die Tage vor dem Angriff bedeuteten schwere Entbehrungen für die Sturmtruppen. Seit langem alarmiert und unmittelbar am Feinde bereitgestellt, erwarteten sie in überfüllten Unterständen nachts auf Stollenlinien schlafend, zum Teil im knietiefen Schlamm der Gräben, die Angriffsstunde, die ihnen dann der schneller und voller Erfolg brachte. Bisher sind alle französischen Gegenangriffe trotz der zertornelten Stellungen an der jähren Gegenwehr der Befestigung gescheitert. Der wiederholt anstürmende Feind hatte dabei schwerste blutige Verluste.

Einzug deutscher Truppen in Dorpat.

Berlin, 7. März. Ueber die Einnahme Dorpats wird noch folgendes berichtet: Am 25. Februar abends wurden die mit Regimentsmusik einrückenden Truppen mit ungeheurer Begeisterung empfangen. Jedermann wollte Deutsche ins Quartier bekommen. Deutsche, Letten und Esten waren froh über die Wiederkehr der Ordnung. Leider dauern noch die Raubtaten der roten Garde auf dem Lande an, das systematisch abgejagt werden muß. In Dorpat und Umgebung wurden über 6000 Gefangene gemacht. Eine vorgehobene Abteilung hat die Bahn Tapa-Weisenberg gesprengt, um der aus Kibal herankommenden roten Garde den Rückzug zu verlegen. Die Bahnhöhe Dorpat-Tapa ist im Einverständnis mit deutschen Truppen durch estnische Weisgarde, die weiße Bunde trägt, zum Schutz gegen die rote Garde besetzt. Große Hilfe für das deutsche Heer bedeutet die Teilnahme der Esten. In Tapa ergaben sich sämtliche Offiziere eines regulären russischen Regiments, während die Mannschaften auf dem Lande in Weisenberg kämpfte deutschfreundliche Weisgarde gegen bolschewistische rote Garde und erbat dringend deutsche Hilfe, die zugesagt wurde.

unter Bürgen
Geschäftsstellen
Telef. Mark 303 000.
Abonnements-Verträge
jedermann
Telef. 2. Tel. 455

Arbeiter
Gefucht.
Mittag
Verträge 47.

Badanstalt
Nordbad
Karlsruhe.
Bäder.

Leber- und
Schwefel-
Bäder.
Herrn und
Frauen
bis 9 1/2 Uhr
geschlossen.

ein Leder-
Handwerk
von Ungarn
Abgabe
75, 4. St. 278

Waffen: Diverse
von Glas, Eisen,
Damen-
für Apotheke
6, II 278

Handwerkzeuge
mit
Gep. ds. Blatt
278

zuverlässigen

vorzugl.
Fabrik,
lacker

Karlsruhe.
Schloß
von Karlsruhe
amtliche-Intendanten
hier, S. Gerbrach

Professor, Wilhelm
Kunz, B. Johann
71 J. alt.
Schneider, Friedr.
des Belger, 1870
alt. Witwe von
43 J. alt.
Weder, 58 J. alt.

Gekaufte Meinung.

Der Abgeordnete Erzberger hat sich in der Etatdebatte des Reichstags das Verdienst erworben, auf die Gefahren der Pressekorruption durch eine neue Organisation der Schwerindustrie hingewiesen zu haben. Im „Berliner Tageblatt“ hat Theodor Wolf den Faden fortgesponnen und die Tätigkeit der „Ma“, der Allgemeinen Anzeigen-Gesellschaft m. b. H., näher geschildert. Diese Gesellschaft war drei Monate vor Kriegsausbruch mit schwerindustriellem Geld gegründet worden und mit dem Zweck, „Anzeigen aller Art zu vermitteln, ganz besonders aber deutsche Anzeigenaufträge im Ausland auf Grund eingehender Kenntnis der in Frage kommenden Zeitungen und Abnahmeverhältnisse zu vergeben.“ (Siehe die Notizen dieser Gesellschaft in der Nr. 110, Abendblatt, der „Bad. Landeszeitung“ vom Mittwoch, 6. März.) Sehr bald wurde jedoch erkannt, daß ein solches Geschäft nicht lediglich auf Auslandsnähe aufgebaut werden könne, man verlegte sich also auf das Interatenvermittlungsgeschäft im Inland und erhöhte zu diesem Zweck das Gesellschaftskapital von einer Million Mark auf das Doppelte. Gegen all dies würde nichts einzuwenden sein, wenn die Interatenvergebung nach rein geschäftlichen Gesichtspunkten erfolgte. Dies geschieht jedoch nicht, denn die „Ma“ unterhält nebenbei ein sogenanntes deutsches Archiv, in welchem die Zeitungen auf ihre Gesinnung kontrolliert werden, und bei der Vergabe der Anzeigen werden dann, wie in einem Rundschreiben der Gesellschaft offen erklärt wurde, „die deutschen nationalen Gesichtspunkte berücksichtigt.“

Die „Ma“ hat sich jetzt an das „Berliner Tageblatt“ mit einem Schreiben gewandt, indem sie versichert, sich auf die rein geschäftliche Vermittlung von Interaten zu beschränken. Diese Versicherung steht aber im Widerspruch nicht nur zu dem schon erwähnten Rundschreiben, sondern auch zu mannigfachen Beobachtungen, die ein Journalist in der letzten Zeit leicht anstellen kann.

Es ist heutzutage kein seltener Fall, daß der Interatenteil bisher notleidender Blätter plötzlich anzuklopfen beginnt und daß in ihm die unwahrscheinlichsten Dinge zum Kauf angeboten werden, Dinge, für die sich kein einziger Leser des Blattes interessiert. Es kommt sogar vor, daß öffentlich Gegenstände angeboten werden, die überhaupt niemand kaufen darf, weil der einzige Käufer für sie die Heeresverwaltung ist. Der scheinbare Charakter dieser Anzeigen wird dann offenbar, man interessiert nicht, um zu verkaufen, sondern man interessiert, um dem Blatt die Interateneinnahmen des Jahres zuzuwenden, um es finanziell zu unterstützen. Wenn ein solches Blatt dann gegen Verzichtsfrieden tobt, die unwahrscheinlichsten Annexionen fordert und eine fanatisch arbeiterfeindliche Haltung zur Schau trägt, so ist das natürlich nichts anderes als der rein idealistische Ueberzeugungsdrang seiner Redakteure; zum mindesten würde der überlaufen, der etwas anderes behaupten wollte. Denn ein Beweis dafür, daß wöchentlich den Interateneinnahmen des Blattes und seinen geistigen Ausgaben ein Zusammenhang besteht, wird sich in keinem Fall führen lassen. Die Korruption ist offenbar da, aber sie hat einen solchen Grad der technischen Vollkommenheit erreicht, daß sie unantastbar geworden ist und sofort mit Erfolg zum Interatenträger laufen kann, wenn man sie in einem besonderen Fall als das bezeichnet, was sie ist.

Gand in Gand mit diesem Unternehmen geht ein anderes, das darauf gerichtet ist, einflußreiche Beziehungen durch Ankauf direkt unter die Herrschaft der Schwerindustrie zu bringen. Auf Geld kommt es den Herrschaften nach der großen Ernte dieser Kriegsjahre nicht im mindesten an, und mancher bürgerliche Zeitungverleger, der sich durch die Kriegsnöte schlecht und recht durchgeholfen hat, ist schon in schwere finanzielle Verengnisse geraten, wenn ihm auf einmal für sein Blatt eine Kaufsumme angeboten wurde, die den wirklichen Wert weit übersteigt. In solchen Konstellationen offenbart sich denn die ganze Schändlichkeit einer Gesellschaftsordnung, die alles zur Ware erniedrigt hat, auch die öffentliche Meinung.

Man kann sich diese Entwicklung bis zu dem Punkte durchgeführt denken, wo der Staatsbürger überhaupt nicht mehr imstande ist, sich anders über öffentliche Angelegenheiten zu unterrichten als aus Blättern, die von einer Interessentengruppe gekauft sind. Das würde dann bedeuten, daß diese Interessentengruppe ein unbeschränkter Herrscher im Staate würde, als es nur je ein Jar gewesen ist.

Was kann die bürgerliche Presse tun, um sich der Gefahr einer solchen Mammonherrschaft zu erwehren? Es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß einige große bürgerliche Blätter, die finanziell auf gesicherter Grundlage stehen, für absehbare Zeit gegen alle Lockungen der Korruption gefeit sind. Für die große Masse der mittleren und kleineren Presse trifft das aber nicht zu. Einen gewissen Schutz könnten auch die Berufsvereine der bürgerlichen Journalisten gewähren, nur müßten sie ganz anders auftreten als bisher, den Anstellungsvertrag zwischen Verleger und Redakteur auf eine ganz andere Grundlage stellen, sie müßten langfristige Verträge sichern, die den Redakteuren die vollste Meinungsäußerung gewährleisten, und deren Bruch durch sehr hohe Konventionalstrafen — die den Redakteuren zugleich ein höheres Maß bürgerlicher Epißtenfähigkeit verschaffen würden — zu ahnden wäre. Durchgreifendes wird sich auf diesem Wege nicht erreichen lassen, da sich die Redakteure dem Verleger gegenüber immer als der schwächere Teil erweisen haben, doch würden alle Versuche in dieser Richtung zu begrüßen sein und Förderung verdienen.

Die einzige wirkliche Sicherung gegen die Ueberflutung der öffentlichen Meinung durch die kapitalistische Korruption bietet die Existenz einer sozialdemokratischen Presse. Das sozialdemokratische Blatt gehört keinem Kapitalisten, sondern einer Organisation, durch deren antikapitalistische Politik ihm keine Mächtlime vorgezeichnet sind, für korruptive Einflüsse ist es seiner ganzen Natur und Anlage nach nicht erreichbar. Indem sich die sozialdemokratische Partei ihre eigene Presse schafft, hat sie dem ganzen Volke ein Geschenk gemacht, dessen ungeheuren Wert vielleicht erst eine spätere Zeit erkennen wird. Darum ist auch der Kampf um die sozialdemokratische Presse ein Kampf um eine allgemeine Volkssache, und in diesem Bemühen soll er von jedem ihrer Leser geführt werden!

Aus der Partei.

Zwei Berliner Stadtverordnetenwahlen. — Die Mehrheit für die alte Partei!

Am Sonntag haben im 4. und 34. Gemeindevahlbezirk in Berlin Stadtverordnetenwahlen stattgefunden. In beiden Bezirken hatten die alte Partei und die „Unabhängigen“ Kandidaten aufgestellt und es fand ein heftiger Wahlkampf statt. Mit dem Ergebnis kann die Sozialdemokratie wohl zufrieden sein. Sie eroberte das Mandat im 4. Bezirk mit Zweidrittelmehrheit. Genosse Dittmer erhielt 534, der Unabhängige Garndt 289 Stimmen. Im 34. Bezirk wurde der Unabhängige Dr. Weinberg mit 274 Stimmen gegen Genossen Samolewitz, der 264 Stimmen erhielt, gewählt, also mit einer winzigen Zufallmehrheit; sechs Stimmen waren zerstreut, so daß der Unabhängige genau eine Stimme über die absolute Mehrheit erhielt. Der „Vorwärts“ jagt dazu:

Der 34. Bezirk liegt im 6. Reichstagswahlkreis, den die Unabhängigen als ihre Berliner Hochburg ansehen, er trägt genau den Charakter dieses Kreises, er besteht — zumal in der dritten Wählerklasse — aus reiner Arbeiterbevölkerung. Trotz aller diesen Umständen und trotz der rühmlichen Agitation hat der Sieg der Unabhängigen an einer einzigen Stimme geblieben! Hält man das Wahlergebnis des 34. mit dem des 4. Bezirkes zusammen, so ergibt sich, daß am Sonntag 1408 Wähler der dritten Klasse für die alte Sozialdemokratische Partei stimmten, dagegen nur 1248 Wähler für die Unabhängigen. Wo bleibt da die Behauptung der Unabhängigen, daß sie in Berlin die Massen hinter sich hätten, während die alte Partei angeblich nur aus ein paar Heubären bestände??

Gewerkschaftliches.

Die Kriegsteuerungszulage ein Teil des Lohnes. Eine Entscheidung, die weitere Kreise interessieren dürfte, wurde am 19. Februar von dem Schlichtungsausschuß beim Bezirkskommando Augsburg getroffen. In der Spinnerei am Stadthaus in Augsburg wird seit geraumer Zeit infolge Mangel an Rohmaterial mit verfrühter Arbeitszeit gearbeitet. Um den Arbeitern für den erzielten Widerweidienst einen Ausgleich zu bieten, gewährte die Direktion eine Kriegsteuerungszulage von 4 Mk. pro 14tägigen Jahrlage und eine Ankerzulage von 3 Mk. pro Arbeitsstunde. Obwohl das Unternehmen einen sehr günstigen Geschäftsablauf zu verzeichnen hat — es verteilt bei reichlichen Abschreibungen und Rücklagen 10 Prozent Dividende — wurde den Arbeitern vor einiger Zeit, nachdem inzwischen ein Wechsel in der Betriebsleitung eingetreten war, sowohl die Kriegsteuerungszulage wie auch die Ankerzulage entzogen.

Der Versuch der Arbeiter, die Direktion zur Rückgängigmachung dieser Maßregel zu bewegen, blieb erfolglos, so daß sie den Beschwerdeweg zum Schlichtungsausschuß betreten. Nach mehrwöchiger Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß erließ dieser folgenden Schiedspruch:

„Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Lohnhöhe der Baumwollspinnerei am Stadthaus in Augsburg nicht niedriger sind, als jene in anderen ähnlichen Betrieben in Augsburg, so bleibt doch noch anderweitig die Tatsache bestehen, daß die Arbeiter der Baumwollspinnerei wegen nicht immer vorhandener voller Beschäftigung und Verdienstmöglichkeit nicht imstande sind, die in der Lohnaufstellung pro Jahrlage ausgewiesenen Beträge regelmäßig zu verdienen. In Anbetracht der noch bestehenden außerordentlichen Teuerungserhältnisse wird der Direktion der Baumwollspinnerei am Stadthaus dringend nahegelegt, bis zum Wiedereintritt geordneter Arbeitsverhältnisse und günstiger Lebensbedingungen die bisher freiwillig gewährten Teuerungszulage und Ankerzulagen weiter zu bezahlen.“

Ausland.

Das Frauenwahlrecht in Schweden. Die schwedische Regierung hat dem Parlament einen Entwurf über das Frauenwahlrecht vorgelegt. Er sieht die Verleihung des aktiven Wahlrechts für die zweite Kammer, die des passiven für beide Kammern vor — eine Interzession, die darauf beruht, daß die erste Kammer indirekt gewählt wird und das Gemeindevahlrecht zur Grundlage hat. Die Einführung des gleichen Wahlrechts für die erste Kammer ist aber gleichfalls im Zug und hierbei kann auch den Frauen die volle Gleichstellung gesichert werden. Die vorgesehene Altersgrenze beträgt 24 Jahre wie für die Männer und der Motivenbericht weist die Zustimmung ab, für die Frauen ein höheres Wahlalter vorzuschlagen, als dieses ohnehin hoch angelegt ist. Die Behauptung, daß der Durchschnitt der Frauen später die politische Urteilsfähigkeit erlange, sei nicht zu beweisen. In der allgemeinen Begründung legt das Ministerium das Hauptgewicht auf die gewaltigen sozialen Leistungen, die die Frauen in der Kriegszeit, auch in den neutralen Ländern, vollbracht hätten. Die Nebenbedingung, daß die Frau ins Haus gehöre und darum nicht am politischen Leben teilnehmen solle, habe durch die Tatsache selbst jeden vernünftigen Sinn verloren. Gerade die Erschütterungen des häuslichen Lebens durch den Krieg machten die Teilnahme der Frau an der gesellschaftlichen Arbeit für die Bekämpfung der angemessenen gesellschaftlichen Missstände ratsam. — Die Einführung der Wahlpflicht lehnt die Regierung ab.

Deutsches Reich.

Ein neues Opfer der überallesdeutschen Presseverfälschung.

Aus München wird mitgeteilt, daß der Direktor der bislang entschieden fortschrittlich gerichteten, unabhängigen „Neuesten Nachrichten“, Alexander Stühr, infolge von Maßnahmen einflußreicher vaterlandsparteilich gerichteter Personen aus seinem Posten hat scheiden müssen und daß die politischen Redakteure ihm wahrscheinlich folgen werden, weil das Blatt fortan eine andere politische und wirtschaftliche Haltung einnehmen wird. So wird ein unabhängiges fortschrittliches Blatt nach dem andern den Klauen der Schwerindustrie dienstbar gemacht.

In Verbindung damit dürfte auch die Nachricht interessieren, daß der Generaldirektor Eugen Berg aus dem Essener Krupp-Werken mit Kriegsende ausscheiden will, um dann die Leitung einer großen politischen Organisation zu übernehmen. Eugen Berg ist, wie Erzberger ihn neulich genannt hat, der Hinterfrontmarschall, der durch eine großartige Pressebeeinflussung in diesen Kriegsjahren die Soße

der Schwerindustriellen Kriegsgewinnler geführt hat. Man kann sich denken, welcher Art die politische Organisation sein wird, die dieser Mann nach dem Kriege leiten will.

Harnum für Tirpitz.

Aus dem Felde wird der „Deutschen Korrespondenz“ von unbekannter Seite ein Auschnitt aus dem „Deutschen Kurier“ (Nr. 30 vom 30. Januar 1918) zugeandt. Es handelt sich um eine durch technische Mittel im Stile der Amerikaner Harnum und Bailey raffiniert auffällig gemachte Anzeige folgenden Wortlauts:

- 1 Exemplar 35 Pfg.
- 5— 9 Exemplare 25 Pfg. das Stück,
- 10— 24 Exemplare 21 Pfg. das Stück,
- 25— 49 Exemplare 23 Pfg. das Stück,
- 50— 99 Exemplare 22 Pfg. das Stück,
- 100— 249 Exemplare 21 Pfg. das Stück,
- 250 und mehr 20 Pfg. das Stück.

In die Mitglieder der deutschen Vaterlandspartei! Wenn 100 000 Mitglieder je fünf Stück der volkstümlichen Schrift „Warum und wie muß Deutschland annektrieren?“ vom holländischen Oberleutnant a. D. Hans Clodener an Freunde und Verwandte in Meer und Flotte schicken, dann werden mit einem Schlage 500 000 Stück verbreitet. Dort wird so ein Bündlein von wenigstens hunderttausend unerer Männer gelesen, und auf diese Weise können also zehn Millionen Waffenträger aufgeklärt werden. Die Geschäftsstelle unserer Zeitung sendet nach Empfang von 1,25 Mk., 2,40 Mk. oder 5,75 Mk. im Brief oder durch Postcheck sofort 5, 10 oder 25 Bücher zur Weiterverbreitung in Meer und Flotte.

Seute noch säkiden! Sonst wird es vergehen!

Die Zeit drängt!

Deutsche Zeitungsgesellschaft m. b. H.
Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/41.
Rostfched-Konto: Berlin 27 107.

Man sieht, Geld spielt auf jener Seite keine Rolle, und Papier, das angeblich nicht mehr verfügbar, erst recht nicht. — Es handelt sich um eine wild anexionistische Schrift, welche neben vielen anderen Dingen fordert: „Die flandrische Küste bis Calais und Boulogne muß unbedingt deutsch werden und bleiben“, welche den deutschen Soldaten zuredet, „das geschichtliche Recht des Siegers“ zu üben, „so viel zu behalten, als das Kriegsglück euch in den Schoß wirft“. Die Schrift wird im Heere schon monatelang in demselben Riesensel verbreitet — kann man sich da noch wundern, daß an den deutschen Willen zum Verständigungsfrieden die anderen Völker nicht glauben wollen? Daß vor allen Dingen unser eigenes „Volk“, dem solche Schriften aufgebrängt werden, daran nicht glauben will?

Eine Anfrage im Reichstag. Abg. Nellig (Soz.) hat die folgende Anfrage eingebracht: „In einem streng vertraulichen Schreiben, von dem einem darin gegebenen Hinweis keinerlei Mitteilung an das Publikum und die Presse gelangen darf, teilte der Reichsverband für Herren- und Anabenbekleidung, e. V., Sitz Düsseldorf, seinen Mitgliedern mit, daß die Reichsbesoldungsstelle dem großen Mangel an Oberleitung für die minderbemittelte Bevölkerung dadurch abhelfen wolle, daß sie an Stelle der Beschlagnahme der Männer- und Anabenbekleidung in den Detailgeschäften dem obengenannten Verbande die Verpflichtung zur Lieferung von 25 000 Anzügen auferlegt und den Abkesseren gestattet habe, auf den Fatur- oder Einfuhrbescheid dieser Anstandsbesoldung Zuschläge bis zu 50 Prozent zu machen. Spät der Herr Reichstagsler Kenntnis von diesem ganzen Verfahren, im Befordern von der durch die bemittelte Zuschläge bewirkten ungeheuerlichen Verteuerung der Anstandsbesoldung für die minderbemittelte Bevölkerung? Und was gedenkt er dagegen zu tun?“

Landesverräter.

Wenn ein deutscher Arbeiter unter großer persönlicher Opfern die Arbeit einstellt, um wirksam für einen Verständigungsfrieden und für die Sicherung seines Vaterlandes vor neuen kriegerischen Katastrophen zu demonstrieren, so schimpfen ihn die reaktionäre Presse einen Landesverräter. Wenn holländische Barone, um sich vor einer kriegspfeifenden Umgestaltung der Agrarverhältnisse, vor der massenhaften Verminderung ihres unproduktiven Großgrundbesitzes in produktiven Kleinbäuerliche Betriebe zu schützen, den Feind ins Land rufen, dann erklärt die gleiche Presse diese Krieger für ruzig in Ordnung, für sittlich völlig erzwandert. Im Namen „des ganzen Landes, der Ritter- und Bauernschaft, wie der städtischen Bevölkerung“ flehe der Bevollmächtigte der durch die Revolution abgeköstigten holländischen Ritter- und Landchaft, v. Struf, den Reichstagsler um Hilfe und Schutz an, weil „auch die wohlgesinnten Ethen und Letzen auf das äußerste bedroht“ seien. „Im Namen Eihlands“ haben die „Bevollmächtigten“, Baron Alfred Schilling und Frhr. von Stadelberg, das Deutsche Reich um Hilfe gebeten. Und die Wolff-Agentur meldete am 16. Februar aus Niga: „Die bestgestellten Letzen, insbesondere die Gefindewirte, warten mit Sehnsucht auf den Einzug der Deutschen, nicht etwa zur vorübergehenden Sicherung ihres Lebens und Besitzes, sondern zum vollständigen Anschluß Eihlands und Polens an Deutschland.“

Deutschland soll also zugunsten von Baronen und „bestgestellten Letzen“ gegen die russische Revolution intervenieren, zugunsten bevorrechtigter sozialer Gruppen, die sich früher meist mit Leib und Seele dem antikatholischen Parisismus verschrieben hatten. Mit Recht führt der schweizerische „Bund“ über diese skrupellosen Gewalttäter und Stützen der Anabenherrschaft aus:

„Was die in ihren mittelalterlichen Privilegien bedrohten holländischen Barone heute sagen, steht in direktem Gegensatz zu ihrer früheren Gesinnung. Wir kennen sie als Hauptstützen des Zarenregiments, als Führer der Strafexpeditionen während des ersten russischen Revolution 1905 bis 1906 und auch als Führer bei denjenigen russischen Truppen, die Ende 1914 in Preußen landeten. Weder bei den Ethen, noch viel weniger bei den Letzen gibt es eine politische Partei, die um deutsche militärische Hilfe gebeten hat und einen Anschluß an Deutschland wünscht. So werde mich kaum irren,

führt hat. Man Organisation sein will.

„Korrespondenz“ von dem „Deutschen Land“. Es handelte sich um die amerikanische Armee.

Städt. Städt. Städt. Städt. Städt.

landsparter! der vollstän- Deutschland leutnant a. D. in der Schlage 500 000 von wenigstens diese Weise können er werden. Die Ermpfang von oder durch Ver- verbreitung in

vergessen!

Städt. m. b. S. 240/41. 27 107.

keine Rolle, und gahre, erit recht ontische Schrift.

„Die flau- ulagne muß eiden“; welche itliche Recht beien, als das irrt“. Die emselben Mies- ern, daß an den ngsfrieden

Daß vor allen Schriften aufge-

g (Soz.) hat die ena vertrau- darin gegeben- und die Presse gen- und Anaben- dern mit, daß die

Überleitung für fen wolle, daß sie Anabenleitung erande die Ver- nferlegt und den

der Einflüsse von 50 Prozent mitis von diesem ch die bemühten Verteuerung übermittelte Be-

ent persönlichen einen Persönlich- Vaterlandes vor- ren, so schimpf- rädler. Wenn

schärfenden Um- assenhaften Ber- zess in produkti- nd ins Land

die Silberse für g erwand- der Ritter- fleche der Be-

schafften Abän- Reichsfänger un- ten Eltern und

im Namen Stb- Alred Schilling ch um Hilfe ge- macht, sie kommen der Allgemeinheit zugute. Den Antrag Müller

Herabziehung des Staatszuschusses zur Landwirtschafts- kammer lehne ich ab. Die Amerikanerere eignet sich sehr zum Hans- wirt und wir können damit unsere Neben verjüngen.

Abg. Bitter (Nal.): Das Gebaren der Landwirtschafts- kammer hat nicht überall Z. stimmung gefunden. Die Viehverzöderung sollte für alle Viehbesitzer zwingungsweise eingeführt werden. Unsere Landwirtschaft muß danach streben, Qualitätsvieh aus der Vieh- zucht zu erhalten.

Abg. Bitter (Nal.) machte die Regierung darauf aufmerk- sam, daß große Mischkulturen im Kulturbau herrschend über das

bestreiten des von der Reichsgetreidefelle gefandten Mischkultu- rals. Nach dem Austausch von Gefangenen wird es notwen- dig sein, für die Saat- und Erntezeit die Landwirte in weitgehender

Maße zu beurlauben. Der Mangel an Schutzweil und an

Wasser wird besonders in der Landwirtschaft hart empfunden; ich

wünsche die Regierung bitten, bei der Lederverteilungstelle dafür

zu sorgen, daß für die bäuerliche Bevölkerung Leder zur Verfügung

gestellt wird.

Abg. Spang (Zentr.) führt aus, man gewinne bei den Mah- drosamen zur Ablieferung der Auerkessel den Eindruck, daß man

bestrebt das jüdische Kleinrentenverwe, das den norddeutschen

Schneebrennern schon längst ein Dorn im Auge ist, zugrunde

zu lassen will. Dem Schneemord sollte man endlich einmal ein

Ende bereiten.

weil ich schon heute sage, daß die „beglaubigten Meldungen“, welche selbst von den „Mündner Neuesten Nachrichten“ be- zweifelt werden, von denjenigen Quellen stammen, über welche der Kriegsberichterstatter der „Baltischen Zeitung“ aus Riga schreibt: „Man sieht merkwürdige Gestalten in Rigas Straßen und Restaurants: russische, mit dem Georgkreuz geschmückte Offiziere, die zu uns herübersehen, um mit uns zu kämpfen; britische Barone, als Bolschewiki und Landstreicher verkleidet, die nach tagelangem Umherirren endlich über das Eis der Duna unsere Front erreicht haben.“

Über das Benehmen dieser russischen Offiziere, die sich mit Wolff-Meldung vom 24. Februar auch in der Ukraine vornehmlich auf die deutsche Seite gestellt haben, sind wir ge- nügend aus der russischen Presse und aus Erzählung von per- sönlichen Augenzeugen unterrichtet. Schon während des deut- schen Vordrängens in Ostland, nach dem Fall von Riga, wurden die revolutionären Truppen regimenterweise von diesen Offi- zieren der deutschen Artillerie entgegengeworfen. Es sollte der Welt gezeigt werden, daß die Truppen des neuen revolu- tionären Auslands kampfunfähig seien; nur das Jarenregi- ment konnte die russische Armee wieder auf die Beine bringen. Nicht nur die Maximalisten im Namen des Friedens, sondern auch die reaktionären russischen Offiziere im Namen der Wiederherstellung der Monarchie haben die russische Armee zugrunde gerichtet, nachdem das Jarenregi- ment diesen Weg geleitet hatte. Hierin liegt das Unglück des kriegsbedingenden russischen Vorkrieges. Mit dem deutschen Vor- drang ist das Schicksal der russischen Revolution allerdings besiegelt. Die bisherige Zerstückelung der revolutionären Kräfte bahnt der reaktionären Gegenrevolution den Weg.“

Diese Charakteristik der merkwürdigen „Silberhüner“, der Schrittmacher der russischen Reaktion, soll man sich fest ein- prägen — eine Charakteristik, die der Feder eines der besten Kenner der russischen Verhältnisse entkammt. Die Edlen, die ihr Vaterland fruchtlos verraten, sind höchst verdächtige „Freunde“ Deutschlands. Sie verdrängen sich sofort wieder gegen die Interessen Deutschlands, wenn wieder ein neuer Jar in Rußland ausgerufen werden sollte.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 36. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 7. März.

Präsident Kopf eröffnete die Sitzung und teilt mit, daß noch 14 Redner zu dem Titel Landwirtschaft gemeldet sind. Der Ver- treter der Bauernvereine hat in einer eben abgehaltenen Sitzung beschlossen, die Landwirtschaftsbehörde in dieser Woche zu Ende zu führen, wenn nötig, durch eine Nachmittagsitzung am Freitag.

Die Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Kurz (Soz.):

In früheren Jahren hörte man immer sagen, die Sozialdemo- kratie sein Feind der Landwirtschaft, heute sind es die Kommu- nisten. Die Preispannung zwischen Erzeugerpreis und Verkaufspreis ist oft zu hoch; Schuld daran sind die Landwirte, die durch ihre Widerspenstigkeit scharfe Maßnahmen nötig machen. In Durlach-Land wurde bei der Höhenaufnahme kolossal gemol- len; zum Teil sind 100 Prozent weniger Dünger angegeben wor- den als vorhanden waren. Durch solche Vorkommnisse werden die Zahlen gegen die Landbevölkerung aufgebracht. Es gibt Leute, die tun, als ob sie das Christentum für sich in Erbpacht ge- nommen haben, die aber trotzdem sich allen behördlichen Maßnahmen widersetzen und mögeln. (Abg. Dr. Schöfer: Das ist horrend, was Sie da sagen.) Abg. Kurz: Ich habe Be- weise für meine Behauptung. (Abg. Dr. Schöfer: Das ist Schwindel, was Sie da sagen!) — Präsi. Kopf: Ich muß diesen Ausbruch rügen.) Abg. Kurz fortfahrend: Den landwirtschaft- lichen Vereinen stehen viele Landwirte noch ablehnend gegenüber und doch mühen sie die Wichtigkeit dieser Vereine erkennen. In- nere Winterkulturen isten Vorzügliches und die jungen Land- wirte erhalten dort eine gute Ausbildung. Die Ausfahrten für Schlachtschweine sind infolge des großen Abschlags sehr trübe. Bei den hohen Preisen für Kupfer sollte man den Gedanken an eine Zwangsversicherung ins Auge fassen. Die Amerikanerere kann keine Qualitätsweine liefern. Was der Abg. Müller-Wein- heim über die Getreidezölle... (Präsident Kopf: Ich möchte bitten, auf die Getreidezölle nicht noch einmal einzugehen, das ist ja in der Generaldebatte eingehend gesehen.) Abg. Kurz: Ich muß festhalten, daß die von dem Abg. Müller gegen die Sozial- demokratie ausgesprochenen Angriffe ungerichtet waren. Wir haben noch zu jeder Zeit die Landwirtschaft in Schutz genommen, gegen die Landwirtschaftskammer herrscht ein starker Wut unter den Landwirten. Den Kriegserfahren genügt unsere volle Anerkennung.

Abg. Wörzinger (Zentr.) bittet, den Antrag über das Bren- nen der Rohstoffsölle anzunehmen.

Abg. Siegelmeier (Zentr.) tritt den Ausführungen des Abg. Kurz entgegen. (Abg. Kurz (Soz.): Ich habe nicht generalisiert.) Die Landwirtschaftskammer hat die Gewinne nicht für sich ge- macht, sie kommen der Allgemeinheit zugute. Den Antrag Müller

Herabziehung des Staatszuschusses zur Landwirtschafts- kammer lehne ich ab. Die Amerikanerere eignet sich sehr zum Hans- wirt und wir können damit unsere Neben verjüngen.

Abg. Bitter (Nal.): Das Gebaren der Landwirtschafts- kammer hat nicht überall Z. stimmung gefunden. Die Viehverzöderung sollte für alle Viehbesitzer zwingungsweise eingeführt werden. Unsere Landwirtschaft muß danach streben, Qualitätsvieh aus der Vieh- zucht zu erhalten.

Abg. Bitter (Nal.) machte die Regierung darauf aufmerk- sam, daß große Mischkulturen im Kulturbau herrschend über das bestreiten des von der Reichsgetreidefelle gefandten Mischkultu- rals. Nach dem Austausch von Gefangenen wird es notwen- dig sein, für die Saat- und Erntezeit die Landwirte in weitgehender

Maße zu beurlauben. Der Mangel an Schutzweil und an

Wasser wird besonders in der Landwirtschaft hart empfunden; ich

wünsche die Regierung bitten, bei der Lederverteilungstelle dafür

zu sorgen, daß für die bäuerliche Bevölkerung Leder zur Verfügung

gestellt wird.

Abg. Spang (Zentr.) führt aus, man gewinne bei den Mah- drosamen zur Ablieferung der Auerkessel den Eindruck, daß man

bestrebt das jüdische Kleinrentenverwe, das den norddeutschen

Abg. Muser (Z. V.): Es sind Zweifel darüber entstanden, ob die Reineinnahmen der Landwirtschaftskammer zur Staatskasse gehören und im Hinblick auf die Zweifel ziehen wir unseren An- trag über eine Herabsetzung des Staatszuschusses zur Landwirt- schaftskammer zurück.

Abg. Engelhardt (Zentr.) betont die Wichtigkeit der Beur- laugungen für Landwirte und wünscht, daß der Höchstpreis für Tobinambur dem in Elsaß gleichgestellt würde. — Abg. Krauth (Z. V.) wünscht, daß das Schlachten noch nicht reifer Schweine ver- ändert wird. Mit dem Abschichten solcher junger Schweine wird großer Schaden angerichtet. — Abg. Schirmer (Zentrum) betont besonders den Wert der landwirtschaftlichen Organisation, ohne welche die Landwirtschaft heute nicht mehr auskomme. So- dann müsse alles gesehen, daß der landwirtschaftliche Nachwuchs den kommenden Zeiten gewachsen ist. Den landwirtschaftlichen Winterhöfen steht hier eine große Aufgabe bevor. Nicht Ge- winnlust, sondern Eigeninn ist es, wenn ein Bauer etwas ver- steckt und hiergegen muß ganz streng vorgegangen werden.

Abg. Strobel (Soz.):

In Mannheim betrug die festgesetzten Preise für Pflau- men 38 Pfg. und nicht 60 Pfg., wie von dem Abg. Müller-Wein- heim gesagt wurde. Der Preis von 60 Pfg. ist wahrscheinlich nur im Schleichhandel bezahlt worden. Eine Ermäßigung der Erzeu- gerpreise wird überall anzufrähen sein. Die Ausführungen des Abg. Kurz wollen keine Herabsetzung der zeitlichen Grundpreise; er wolle nur diejenigen treffen, die glauben, sich nicht an die gesetzlichen Bestimmungen halten zu müssen, nach außen hin aber ihr Christentum zur Schau tragen. Den Antrag Seubert über das Brennen der Rohstoffsölle lehnen wir im Hinblick auf den Stand unserer Ernährungserträge ab. Dem Antrag Muser über Einräu- mung einer Städtevertretung in der Landwirtschaftskammer stim- men wir zu.

Abg. Graf (Zentr.) bittet die Regierung, den Landwirten so viel Schweine zu belassen, damit sie genügend Fleisch aus den Hauskudlungen erhalten. — Abg. Nisch (Soz.) erklärt, daß die von der Regierung gegebene Antwort auf die Interpellation Seubert seine Fraktion in keiner Weise befriedigt habe. Wir ver- langen, daß ein fester Verbrauchspreis für Branntwein alsbald festgesetzt wird. — Abg. Weishaupt (Zentr.) bemerkt, da die Roh- stoffsölle zur Verfüllung freigegeben worden sei, so könne man nicht verstehen, warum nicht vorher daraus Alkohol gezogen wer- den dürfe. Der Redner trennt sich gegen den Antrag Muser. Wenn die Städte Sitz und Stimme in der Landwirtschaftskammer forderden, so könnten die Landwirte mit dem gleichen Recht Sitz und Stimme in der Handwerks- und Handelskammer forderden. Die Landwirtschaftskammer sei eine reine Interessenvertretung. — Abg. Hertle (N. Vg.) vertritt sich über den Abbau in der Taubergengegend. Der niedere Höchstpreis für Luzernefamen hatte zur Folge, daß dieser über die Grenze nach Württemberg wanderte. Die städtischen Gutsbetriebe arbeiten unwirtschaftlich.

Hier wird die Beratung abgebrochen. Nach kurzen persönlichen Bemerkungen der Abg. Müller-Weinheim, Kurz und Spang teilt Präsident Kopf mit, daß die Schulkommission an seiner Stelle den Abg. Bernauer (Zentr.) zu ihrem Vorsitzenden gewählt habe.

Nächste Sitzung Freitag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung und Gehegentschaft über die Amtszeit der Bezirksräte. Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Arbeitsplan der Zweiten Kammer.

Der Ausschuss der Vertrauensmänner der Zweiten Kammer hat gestern vormittag eine Sitzung abgehalten. Es wurde in Aus- sicht genommen, in der nächsten Woche keine öffentlichen Sitzun- gen, sondern nur Kommissionsitzungen abzuhalten. Für diese wurde der Arbeitsplan festgesetzt. In erster Linie soll das Budget fertig gestellt werden; es ist aber fraglich, ob das noch vor Be- ginn der Osterferien geschehen kann, die vom 23. März bis 9. April dauern.

Aus der Justizkommission der Zweiten Kammer.

Die Kommission für Justiz und Verwaltung der Zweiten Kammer befaßte sich in ihrer gestrigen Sitzung zunächst mit dem Gehegentschaft über die Amtsdauer der Mitglieder des Bezirksrats. Der Gehegentschaft bestimmt, daß die Amts- periode der amtierenden Bezirksräte verlängert und eine Er- neuerung vorerst nicht erfolgen soll. Die Kommission stimmte dem Gehegentschaft zu.

Ferner behandelte die Kommission den Antrag Kopf (Ztr.) und Gen. betr. die Dienst- und Rechtsverhältnisse der Gemein- debeamten. Der Antrag verlangt die Vorlage eines Ge- setzes, welches die dienstlichen und rechtlichen Verhältnisse der Gemeindebeamten und Bediensteten regelt, das Disziplinar- recht ordnet, Mindestbeträge für dienstliche Entlohnung festsetzt, eine Regelung der Vertragsleistung des Staates an die Ange- stellten der kleineren Gemeinden für Wahrnehmung von Reichs- und Staatsgeschäften vornimmt und die Ansehens- und Hinterbliebenenfürsorge hineinbezieht. Bei der Beratung dieses Antrags wurde von den sozialdemokratischen Vertretern gegen eine Beitragsleistung des Staates für Erledigung von Staats- und Reichsgeschäften an die Gemeinden Einspruch er- hoben. Sie verlangen die Verpflichtung der Gemeinden zur Aufstellung eines Gehaltsplans. Vom Regierungvertreter wurden gegen eine Zuzahlung an die Gemeinden in der geforderten Weise erhebliche Bedenken geltend gemacht; die Zu- zahlung an unbemittelte Gemeinden hielt der Regierung- vertreter nach für ausbezahlend; die Ansehens- und Hinterbliebenenfürsorge gehöre in das Fürsorgegesetz, dem die Re- gierung entsprechen wolle. Zur gesetzlichen Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Gemeindebeamten und Bediente- nen ist die Regierung bereit. Unter den von den Sozialdemo- kraten gemachten Vorbehalten wurde der Antrag von der Kom- mission angenommen.

Der Haushaltsauschuss der Ersten Kammer

hat am 6. März den Voranschlag des Gr. Staatsministeriums beraten; Berichterstatter Präsident Dr. Glöckner. Zum Titel Außerordentlicher Zuschuss zur Zivilliste wurde der Beschluß gefasst, die Gr. Regierung sei zu eruchen,

1. zu prüfen, ob nicht die Domänenfrage einer möglichst baldigen Lösung zugeführt werden kann und

2. die verschiedenen Möglichkeiten der Entlastung der Zi- vilistenverwaltung oder der Vermeidung ihrer Einkünfte zu prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung dem Landtag vorzu- legen.

Begünstigt der Frage der Reform der Ersten Kammer be- schloß der Ausschuss, den Bericht des Ausschusses für Justiz und Verwaltung über die diesem überreichten Petitionen über die

Vertretung der kaufmännischen Angestellten, der Beamten und Lehrer sowie der akademisch gebildeten Techniker in der Ersten Kammer abzuwarten.

Weiter wurde beschlossen, künftighin der Presse kurze Be- richte über die Verhandlungen der einzelnen Ausschüsse der Ersten Kammer zur Verfügung zu stellen.

Zu eingehender Erörterung gab die Frage der Reichsfinanz- reform und die in der Zweiten Kammer angeregte Milderung der Militärkonvention Anlaß. Dabei kam zum Ausdruck, daß der Ausschuss sich von jeder Animosität gegen Preußen oder partikularistischen Regungen frei wisse, daß er aber trotzdem eine Revision der Konvention in den von dem Herrn Staats- minister in der Zweiten Kammer dargelegten Richtungen be- grüßen würde.

Der Ausschuss erörterte schließlich den Plan der Errichtung eines Arbeitsministeriums sowie der Aufhebung der Mittel- stellen und kam zu dem Ergebnis, daß die Frage der Verei- nigung der Staatsverwaltung nach dem Krieg weiter zu ver- folgen sei.

Der „hohe“ Lohn in der Rüstungsindustrie.

Märchen und Tatsachen.

Man schreibt uns: Bei Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern in der vergangenen Woche haben sowohl Abgeordnete wie auch die Regierung sich mit den zurzeit in der Rüstungsindustrie bezahlten „hohen“ Löhnen befaßt. Staatsminister v. Bodmann hat dabei das Mär- chen weitererzählt, daß ein Arbeiter die Zigarre mit einem Markstein angezündet habe. Der Abgeordnete für Pforz- heim, Odenwald, hat die Behauptung aufgestellt, daß in einem Pforzheimer Betrieb junge Mädchen von 16—20 Jahren Wochenlöhne von 100—120 Mk. verdienen. Solange der Betrieb, mit diesen Löhnen nicht genannt wird, müssen wir die Behauptung des Abgeordneten Odenwald unbedingt als, gefinde gesagt, einen Irrtum bezeichnen. In weiten Kreisen des Bürgertums bis hinauf zum Ministerium scheint überhaupt eine durchaus falsche Vorstellung von der Höhe der Arbeiterlöhne zu bestehen. Löhne, wie sie der Abgeordnete Odenwald genannt hat, werden im Bezirk Karlsruhe weder an weibliche noch an männliche Arbeiter bezahlt. Von der Organisation der Metallarbeiter wurde in letzter Zeit bei einer Reihe von Großbetrieben sehr genaue statistische Er- hebungen vorgenommen. In einem Karlsruher Großbetrieb, der nach der ganzen Art seiner Produktion verhältnismäßig viel hochqualifizierte Facharbeiter beschäftigt, kommt auch nicht ein Arbeiter auf täglich 20 Mk. Der bestbezahlteste Arbeiter der Fabrik verdient pro Tag 16 Mk. Facharbeiter mit ganz außerordentlich großer Verantwortung kommen mit allen Kriegs- und Feuerzulagen über 10 Mk. täg- lich nicht hinaus. Ganz große Werkstätten mit nur gelehrten Spezialarbeitern erreichen einen gesamten Tagesver- dienst von 10 Mk. kaum. Viel schlimmer sind die ungelerten Arbeiter daran. Genannter Betrieb beschäftigt heute noch Hilfsarbeiter von 4 Mk. an, inkl. aller Zulagen, selten, daß davon einer über 8 Mk. pro Tag hinauskommt. Lehrlinge und jugendliche Arbeiter, von denen in letzter Zeit so außer- ordentlich viel die Rede ist, verdienen in genanntem Betrieb pro Tag 70 Pf. bis höchstens 4 Mk.

Die Arbeiterinnen, die durchweg schwer arbeiten müssen, haben Verdienste von 3 Mk. bis höchstens 6.50 Mk. Dabei muß berücksichtigt werden, daß alle diese Kategorien, auch die Frauen, in der Hauptache im Akkord arbeiten und bis zur höchsten Leistungsfähigkeit angestrengt werden.

Eine Statistik, die erst vor kurzem in einer der größ- ten Gießereien vorgenommen wurde, ergab als Höchstver- dienst den ein einziger Facharbeiter erzielte, 1.17 Mk. pro Stunde, während verheiratete Hilfsarbeiter über 60 Pf. pro Stunde kaum hinauskommen. Die Arbeiterinnen dieses Be- triebes hatten bei schwerster Arbeit inkl. aller Zulagen, Stun- denverdienste von 10 Pf. bis höchstens 45 Pf. Der Unter- nehmer dieses Betriebs lehnte jedes Entgegenkommen ab, jedoch erit der Schlichtungsausschuss diese außerordentlich nie- driger Verdienste durch Schiedspruch um 10 bis 20 Prozent erhöhte. In einem anderen Großbetriebe in der Nähe von Karlsruhe waren diese Verhältnisse noch viel schlechter. Noch vor wenigen Wochen erreichten vom ganzen Betrieb nur zwei Arbeiter einen Verdienst im Akkord in Höhe von 80 Pf. pro Stunde. Die große Masse der Rüstungsarbeiter dieses Betriebes kam über 60 Pf. pro Stunde nicht hinaus. Ver- heiratete Arbeiter, die seit vielen Jahren in diesem Betriebe beschäftigt waren, haben Gesamtverdienste zwischen 30 und 40 Pf. pro Stunde erhalten. Das Unternehmen ge- hört zu den glänzendsten in der Maschinenindustrie Deutsch- lands.

Der Durchschnittslohn eines anderen Großbetriebs im Bezirk Karlsruhe, ein Betrieb, der im letzten Jahre 24 Pro- zent Dividende verteilte, hatte nach einer eigenen Auf- stellung der Direktion einen Durchschnittsverdienst der Ar- beiter in Höhe von 60 Pf. pro Stunde bezahlt. Erst durch langwierige Verhandlungen ist es vor dem Schlichtungsaus- schuss gelungen, auch hier die Verdienste etwas zu verbessern. In der Rüstungsindustrie sowohl in Mittel- wie im ganzen südlichen Baden, gibt es sehr zahlreiche Betriebe, die weit unter diesen hier angeführten Verdiensten bezahlen. In allererster Nähe von Karlsruhe ist ein Großbetrieb, der hauptsächlich qualifizierte Facharbeiter mit 6—8 Mk. be- zahlt. Uns ist im Bezirk Mittelbaden mit 24 000 Arbeitern der Rüstungsindustrie auch nicht ein einziger Arbeiter be- kannt, der die vom Abgeordneten Odenwald angeführten 120 Mk. wöchentlich verdient. Kommt schon der männliche Facharbeiter auch nicht entfernt auf diesen Satz, so erit recht nicht die meist ungelernete Arbeiterin, die in ihrer Masse nicht viel mehr als die Hälfte der Verdienste des männlichen Arbeiters erzieht. Daß bei den Wucherpreisen, die gegenwärtig für alle Lebensmittel bezahlt werden müssen, auch der Arbeiter, der geistig und körperlich schwer arbeiten muß, eine Erhöhung seiner Verdienste onstrebt, ist ganz selbst- verständlich. Zugeben wollen wir, daß ein ganz geringer Teil hochqualifizierter Facharbeiter so viel verdient, daß ein Vergleich mit der Feuerung gefunden werden kann. Die erschreckende Menge der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, ganz abgesehen von den Arbeit- tern in anderen Industrien, verdient heute lange nicht so viel, um auch nur einigermaßen auskömmlich damit leben zu können. Es muß endlich einmal mit aller Deutlichkeit fest-

gelegt werden, daß die Masse der Müllungsarbeiter, die Tag und Nacht bei schlechter Ernährung dem Heere die Waffen zur Verteidigung des Reiches liefern, finanziell in durchaus ungenügenden Verhältnissen lebt. Es ist deshalb kaum anzunehmen, daß die Erzählung des Ministers v. Bodman mit der Zigarre, die mit einem Markstein angezündet wird, ihre Wichtigkeit hat. Es könnte nur sein, daß dies im jugendlichen Uebermut geschehen sei und wäre dies mit den tollen Streichen unserer studierenden Jugend zu vergleichen. Die Arbeiterklasse in ihrer erdrückenden Masse hat täglich schwer mit dem Leben zu kämpfen und kann sich deshalb solche Unsinnsigkeiten nicht erlauben. Richtiger wäre es gewesen, wenn Abgeordnete und Regierung auf die Milliardenengpässe hingewiesen hätten, die mühselos einigen bevorzugten deutschen Staatsbürgern durch den Krieg in den Schoß fallen. Was der Arbeiter verdient und sei es auch ein guter Verdienst, braucht er völlig wieder zum Leben, während der Kapitalist seine Millionen zu den alten legt.

Wenn schon eine Kritik an den Verdiensten vorgenommen werden muß, dann wäre sie an den riefenhaften Kriegsgewinnlern richtiger am Platze gewesen.

Baden.

Ueber die Zulassung einiger Männerklüster scheinen laut „Str. Post“, die seit längerer Zeit mit dem erblichkeitsrechtlichen Direktor in Freiburg gepflogenen Verhandlungen dem Abschluß nahe zu sein, so daß die Zulassung über die nach Lage der Gesetzgebung die Regierung von sich aus entscheiden kann, nach Berücksichtigung des Gesetzesentwurfs durch den Landtag in Baden zu erwarten sein wird.

Durlach, 6. März. Jahresabschluss der Maschinenfabrik Gröhner A.-G. Durlach. Die dem Aufsichtsrat vorgelegte Bilanz auf 31. Dezember 1917 schließt mit einem Reingewinn von 1.875.396,68 M. (i. V. 610.717,06) ohne Berücksichtigung der jeweiligen Vorträge ab. Es soll der auf den 5. April d. J. einzuberufenden Generalversammlung vorgelegt werden: M. 675.000 gleich 15 Prozent Dividende (i. V. 9 Proz. gleich 405.000 M.) zu verteilen, 255.000 (i. V. 100.000 M.) für Unterstützung- und Wohlfahrtszwecke zu verwenden, sowie 109.000 M. für Uebergang in Friedenswirtschaft und 150.000 M. für Kriegsgewinnsteuer in Reserve zu stellen. Auf neue Rechnung sollen 975.126,84 M. gegen 340.115,13 M. im Vorjahre vorgetragen werden.

r. Markt, 6. März. Eine recht eigenartige Auffassung über die Rechte gegenüber den Angestellten scheint die Firma Druckerei des „N. Tagbl.“ hier zu haben. Vor einigen Tagen fand hier die erste Gewerbegerichtsverhandlung während des Krieges statt, es hatte sich das Gericht mit einer Klage gegen die genannte Firma zu befassen. Der Vater eines bei der Firma Gr. als Einlegerin beschäftigten Mädchens klagte auf Herauszahlung der beim rechtmäßigen Austritt zu Unrecht zurückgehaltenen Summe, die dem Mädchen bei der jeweiligen Lohnzahlung abgezogen worden war. Ein Sühneveruch blieb erfolglos und auch in der Gewerbegerichtsverhandlung blieb die Firma anfänglich auf dem merkwürdigen Standpunkt stehen, daß sie in diesem Falle den einbehaltenden Lohn nicht rechtlos zurück zu zahlen brauche. Es ist dies doch ein Standpunkt und ein Verfahren den Angestellten gegenüber, das vollständig den guten Sitten widerspricht. Der Vorsitzende wies auf die Ungeheuerlichkeit des Verhaltens hin und ermahnte die Firma Gr. durch Annahme der Forderung die Angelerigkeit gütlich beizulegen, welchem Verlangen der Vertreter der Firma dem auch endlich nach einigen Sträuben entsprochen, so daß es zu einem Schiedsspruch der Richter nicht kam. Vorbeeren hat sich die Firma bei dieser Sache nicht geholt. Muß ein Lohn von wöchentlich 12 M. für eine Einlegerin in der jetzigen Zeit, wenn es auch noch ein junges Mädchen ist, an und für sich schon als sehr niedrig bezeichnet werden, so ist das Verhalten der Firma Gr. in dieser Angelegenheit auf das Schärfste zu verur-

tellen. Es zeugt dies von wenig sozialem Entgegenkommen den Angestellten und Arbeitern gegenüber. Es muß noch bemerkt werden, daß die Firma Gr. zwischen Jung und Alt in den geforderten Leistungen keine allzu großen Unterschiede zu machen pflegt, weshalb eine bessere Bezahlung auch der Jugendlichen sehr am Platze wäre. Das Verhalten der Firma Gr. paßt recht gut zu der alldeutschen Schreibweise dieses Blattes. Es muß auch dies einmal ausgesprochen werden, daß eine große Anzahl der Abonnenten mit dem politischen Standpunkt dieses Blattes in keiner Weise einverstanden ist. Sie sind aber aus naheliegenden Gründen gezwungen, dieses Blatt zu halten und jehen den Tag herbei, wo sie die Zeitung vom Schläge des „N. Tagbl.“ nicht mehr unfreiwillig unterstützen brauchen.

Seibelberg, 7. März. Die 71 Jahre alte Kaufmannswitwe Ernestine Brand hat sich am 26. Februar abends von ihrer Wohnung entfernt und ist nicht mehr zurückgekehrt. Man glaubt, daß der Frau ein Unfall zugefallen ist.

Seibelberg, 8. März. In der Wohnung eines kinderlosen Ehepaars wurde ein Hamsternest ausgehoben. Man fand eine beträchtliche Menge Lebensmittel und zwar etwa 80 Hartwürste, 1 1/2 Pentner geräucherter Speck und Schinken, einen Pentner Schmalz, 22 Gläser eingedünstetes Wäpfeischmalz, über hundert Eier, Weizenmehl und anderes.

Mannheim, 7. März. Die 55 Jahre alte Ehefrau eines hier wohnenden Reichswärterers kam beim Ausgehen aus einem noch in langamer Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu Fall und zog sich dabei eine erhebliche Gehirnerschütterung zu. Sie ist an den Verletzungen gestorben.

Singen-Hohenwiel, 8. März. In dem hiesigen Transformatorhaus ist der Elektromonteur Union Brun tödlich verunglückt.

Zahlung der militärischen Pension und Beihilfen. Nach einer Anordnung des preussischen Kriegsministeriums werden die Zahlungen für den Allgemeinen Pensionsfonds im Bereich der preussischen Seeresverwaltung vom 1. April 1918 an nicht mehr durch die Regierungshauptkassen und deren Sonderkassen, sondern durch die Reichspostanstalten geleistet. Die in Frage kommenden Ausgaben umfassen die militärischen Pensionen, Pensionsbeihilfen, Renten, Alterszulagen, die aus Militärfonds zu bestreitenden Witwen- und Waisengelder, Unterstützungen, Witwenbeihilfen und Ausgleichsbeihilfen an Hinterbliebenen und dergl. Die fortlaufend zahlbaren Gebührensätze sind bereits am 29. oder, wenn dieser Tag ein Sonn- oder Feiertag ist, am 28. des der Fälligkeit der Gebührensätze vorhergehenden Monats gezahlt. Die näheren Formalitäten sind bei den Postanstalten zu erfragen.

Der Rheinischfabrikverband Konstantz, der sich die Förderung des Ausbaus des Oberberges zu einer vollleistungsfähigen Großschiffahrtstraße bis zum Bodensee sowie, wie auch die Ausnützung der Oberbergsenergiekräfte und die Regulierung der Bodenseewasserstände zum Zweck gesetzt hat, hat jetzt ein übersichtlich geordnetes Verzeichnis seiner Mitglieder herausgegeben. Wie weit alle diese Fragen in den Vordergrund des Interesses getreten sind und wie sehr die allgemeine Stimmung für die Durchführung dieser Fragen ist, zeigt sich auch in der namentlich in der letzten Zeit raschen Entwicklung dieses Verbandes. Die Mitgliederzahl hat sich im Laufe der Jahre fast verdoppelt, so daß der Verband heute bereits über 1200 Mitglieder zählt. Zu diesen Mitgliedern gehören nicht nur die Interessentenvereinigungen von Handel, Industrie und Landwirtschaft, sondern auch die Städte, Gemeinden und Gemeindevorstände des Interessengebietes, so daß in ihm alle maßgeblichen Kräfte der Bodenseeregion und des industriereichen Bodalberges zusammengeschlossen sind.

In letzter Zeit hat der Rheinischfabrikverband auch in Elsaß-Lothringen Anhänger erworben. So sind ihm erst kürzlich die Städte Straßburg und Colmar beigetreten. Um auch diesen Interessierten gerecht zu werden, hat er eine eigene Arbeitsausführungsabteilung für Elsaß-Lothringen in letzter Zeit eingerichtet, die

bei der nächsten Tagung des Arbeitsausschusses ausgebaut werden soll.

Veränderungen im Zugverkehr. Vom Donnerstag an besteht der Vorzugzug 3009 (W) Graben-Neudorf—Mannheim, Graben-Neudorf ab 5.30 vorm., im Fahrplan des Juges Graben-Neudorf ab 5.20, Mannheim an 6.33 vorm. Vom gleichen Tage ab erhält der um 4.40 vorm. in Gr. abf. der Vorzugzug 783 nach Mannheim auf der Strecke Graben-Neudorf—Mannheim den bisherigen Fahrplan des Juges 800 (W), Graben-Neudorf ab 5.20, Mannheim an 6.47 vorm.

Landwirte bringt nur die gesetzlich zulässigen Vorkaufsmengen in die Mühle. Der Badische Müllerbund richtet folgende Aufforderung an die Landwirte: „Die Landwirte werden ersucht, nur die zulässigen Mengen von Getreide in die Mühle zu bringen, da es den Müllern bei hoher Strafe verboten ist, über diese Menge hinausgehendes Quantum zu vermahlen. Sie sind zwar überzeugt, daß die den Erzeugern belassene Getreidemenge unzureichend ist, eine Veränderung bezw. Erhöhung des Quantum kann aber nur durch die Regierung erfolgen, welche sich hierfür die landwirtschaftlichen Organisationen wenden hätten.“

Lebenshaltung im Kriege.

Sieben erschien als 17. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsjahresbericht zur Kenntnis der Lebenshaltung im letzten Kriegsjahre. Das vom Kaiserl. Statistischen Amt in Berlin bearbeitete Material ist das Ergebnis einer im April 1917 in Kriegsauseinandersetzung für Konsumenteninteressen veranstalteten Erhebung — die dritte im Kriege — über die Lebenshaltung einzelner Familien. Eine umfangreiche, wertvolle Arbeit. Die Ergebnisse sind in den Ausgaben, der Verbrauch an Nahrungsmitteln nach Mengen werden an Hand von 880 ausgefüllten Fragebögen häuslicher Haushaltungen in Groß-, Mittel- und Kleinstädten ausführlich behandelt. In welcher Weise es den Familien gelang, die Ausgaben mit den Einnahmen in Uebereinstimmung zu bringen und in wieviel Fällen sowie in welcher Höhe sich Überschüsse oder Fehlbeträge ergeben haben, wird in einem besonderen Abschnitt näher erläutert. Die Veränderung der Lebenshaltung im dritten Kriegsjahre gegenüber der im Jahre 1916 wird an gleichartigen Erhebungen eingehend untersucht. Viele Befunde ergänzen die hundertfach reichhaltigen und klebenenden Beschreibungen der Haushalte und des Konsums der einzelnen Familien. (Preis der Druckausgabe und des Sonderheftes des Reichs-Arbeitsjahresberichtes zusammen 3 M., einschl. Porto.)

Im April d. J. wird wiederum eine Erhebung der Lebenshaltung veranstaltet. Es muß nur gewünscht werden, daß sich ein größerer Kreis häuslicher Haushaltungen an dieser wichtigen Umfrage beteiligt. Jede Familie kann durch genaue Befragung der kostenfrei gelieferten Fragebogen, in welchen für den Monat April die täglichen Ausgaben des Haushalts und die Verbrauchsmengen der einzelnen Lebensmittel zu verzeichnen, wertvoll mitarbeiten. Bestellungen auf oben genannte Druckausgaben sowie Anmeldungen zur Beteiligung an der Erhebung im April wollen gefälligst an den Arbeitsausschuss für Konsumenteninteressen, z. B. des Herrn Ober-Postsekretärs Manz, Karlsruhe, Hauptpostamt gerichtet werden.

für unsere Soldaten.

Deutegelder

Die Bestände der von deutschen Truppen im Kampfe erbeuteten Truppenkassen der feindlichen Heere werden in der Armeebefehlshaber zur Verwendung zum Besten ihrer Truppe überwiesen. Als im Kampfe erbeutet sind alle Truppenkassen anzusehen, die unter Kampf unmittelbar aus der Hand des Feindes in die Gewalt der deutschen Truppen fallen. Dazu gehören nicht: Kassengelder, die verlohren oder verloren hinterlassen sind, oder die dem Feinde durch Unfall in die Hände gekommen sind. Das Eigentum der Kriegsgefangenen ist keine Deute. Die Truppenkassen der Feinde sind in den feindlichen Truppenkassen zu beschreiben.

An meine Herren Mörder.

Von Philipp Scheidemann.

„Des Lebens ungemischte Freude ward keinem Todischen zu Teil!“ und sei es der fröhlichste Pecher am Spundloch des Lebens, wie Kabela's oder Valac, so schon gesagt hat.

Da habe ich im Reichstag vor längerer Zeit einmal eine Rede gehalten, mit der ich selbst, wie gewöhnlich, nachher sehr unzufrieden war. Ein Geistlicher aber schrieb mir: „Sie haben goldene Worte gesprochen, so schön und so wahr, daß ich sie im Gottesdienste unserer Gemeinde nachgelesen habe.“ Ein anderer Mann aber schrieb mir über dieselbe Rede: „Wie viel Geld hast Du von den Engländern dafür bekommen, elender Verräter?“

So erging es mir bisher immer. Was dem Einen ein Wohl, war dem Andern ein Nachteil.

„Endlich einmal energische Worte, zu denen Ihnen ungezählte Millionen begeistert zustimmen!“ — schreibt mir ein Offizier. „Sie schamloser Kerl, Sie Landesverräter. Lesen Sie den heiligsten Artikel der Deutschen Tageszeitung!“ schrieb mir zu der gleichen Rede ein angeblicher Beamter.

Dann ging mir die Temesvarer Zeitung zu, in der in riesigen Lettern zu lesen war, daß ich verhaftet worden sei, weil ich des Landesverrats in englischer Solde überführt worden sei. Das habe die „Deutsche Tageszeitung“ gemeldet. In der Tat, es war richtig — nämlich, daß die „Deutsche Tageszeitung“ derartige in ihren Spalten gedruckt hatte. Nicht richtig war die Meldung selbst, denn bisher habe ich mich vorsichtigerweise nicht erwidern lassen, wenn mir die Engländer und Franzosen, die Italiener und Amerikaner ihre Pfund-, Franken-, Lire- und Dollar-Noten ausgezahlt haben.

Volkswirtschaft haben feierlich durch Herrn Madel-Sobelsohn verkünden lassen, daß sie sich mit mir nicht an einen Tisch setzen würden, denn ich sei ein deutscher Regierungssozialist, wie in dem sozialdemokratischen Organ meines Wahlkreises täglich zu lesen sei. In der alldeutschen Berliner Presse aber war vielmals zu lesen, daß ich in Kopenhagen und Stockholm mit den Bolschewiki die schmerzhaftesten Pläne gegen mein eigenes Vaterland ausgeheckt habe.

Künstler und Gelehrte ersten Ranges schrieben mir, daß ich auf keinen Fall die Bahn verlassen dürfe, die ich mit meinen Freunden beschritten habe — kein wahrhaft Geistesvoller werde bestreiten, daß unser Weg der einzige sei, der zu einem Verständigungsfrieden führen könne. Mit der gleichen Post erhielt ich im selben Umschlag mit einem Haufen von vaterlandsparteilichen Flugblättern einen Brief, in dem mir der

Zusender auseinandersetzte, „daß nur Idioten so verfahren könnten wie ich.“

Ein katholischer Feldgeistlicher wollte sein Amt nach Kriegsausbruch aufgeben, um sich mir offen anzuschließen. Ein Hauptmann forderte mich zu noch größerer Entschiedenheit auf im Kampfe gegen die Annektonisten und Reaktionsäre.

Die Zeitungen häuften sich derart, daß ich sie nicht mehr lesen konnte. Die Zeitungen nahen mir zu viel Zeit weg, außerdem wurde die Geschichte auch langweilig. Jeht lobten und priesen mich immer, wenn ebenjoviel mir schon auf weiß begehörigten, daß ich ein niederträchtiges Subjekt sei.

Seit einiger Zeit aber jammle ich eine Spezialität: Briefe, in denen man Dolche zückt und Revolver knaden läßt. Meine Herren Gegner aller Richtungen sind des trockenen Tones nun wirklich satt. Sie haben die Hoffnung aufgegeben, daß ich mich nach links, nach rechts, nach vor und hinten blicken könnte. Nun wollen sie mir an mein junges Leben. Abgesehen von vereinzelt früheren Fällen lausen Briefe, in denen mir mit Dolch und Revolver gedroht wird, erst seit dem Tage haufenweise ein, an dem die christlich-konfessionale „Kriegszeitung“ mein Blut auf dem Sandhaufen gefordert hat. Ich zitiere einige Briefe, die ich heute früh beim Kaffeeglas an Stelle des fehlenden Milch- und Zuckerfasses gelesen habe.

1. „Bluthund! Du verlängerst den Krieg! Mit wie viel englischem Geld bist Du gespickt worden?“ — Folgt Drohung mit dem Dolch.
2. „Für Dich und Deine Freunde sind die Angeln fertig. Du fällst der Regierung in den Rücken. Rede mit Deiner Schwelmeise ab.“
3. „Du bewilligst schließlich noch einmal Kriegskredite! Du hast wohl ein Brett vor dem Kopf? — Du wirst totgeschlagen!“
4. „Du elender Schuft, gemeiner Verräter. Du warst wieder beim Reichskanzler, um uns Arbeiter zu verraten.“ — Folgt Drohung mit dem Küchenmesser.
5. „Sie lehnen Amerikaner ab? Sie wollen nicht, daß wir Longwo und Brien nehmen? Seien Sie gewarnt! Treten Sie weiter für eine Verzichts- und Bankrottkrieden ein, dann werden wir Sie wie einen tollen Hund beseitigen, ehe Sie uns alle ins Unglück bringen.“
6. „Wir wollen Belgien, und Du willst es nicht, deshalb verlängert Du den Krieg. Ich schwöre es bei Gott, wenn der Friede nicht bis zum Hochsommer gekommen ist, so töte ich Dich elender Lump mit sicherer kalter Hand. Dein Freund Naures ist unschuldig ermordet, aber Dein schwarzes Blut

wird schuldig fließen; ich treffe Dich Lump mit eiserner Faust sicher und geschickt.“

7. „Was zahlst Du England für Deinen Vaterlandsverrat, Du Schandbube? An den Galgen mit Dir!“

8. „Königlicher Sozialdemokrat! Elender Schuft, Arbeiterverräter!“ — Folgt Hinweis auf geladenen Revolver.

9. Ein Abgeordneter, z. B. in Zürichernwald, schreibt: „Obwohl katholisch, habe ich bei Stichwahlen zwischen Straum und Sozi stets den Letzteren als das kleinere Übel gewählt. Leider! Ihr Schicksal kolliziert sich, sobald Sie sich verheiden, unserer Regierung weitere Schwierigkeiten zu bereiten. Ich werde ab morgen in der Residenz weilen, um Sie zu beobachten. Bin sehr guter Schütze und habe als Jäger niemals mein Ziel verfehlt. Eine nochmalige Warnung folgt nicht.“

Jeder unbefangene Leser wird mir zugeben, daß ich in einer ziemlich schwierigen Lage befinde; wenn ich für die Annerken von Longwo und Brien nicht eintrete, dann ist es wie ein toller Hund beseitigt werden. Verlängere ich den Krieg, bis wir Longwo und Brien erobert haben, dann der Hochsommer hinaus, dann soll ich mit kalter Hand ab mit eiserner Faust um die Ecke gebracht werden. Etwa ich für Kriegskredite, dann werde ich totgeschlagen, wenn ich der Regierung Schwierigkeiten, dann soll ich an den Galgen.

Ich kann also machen, wie ich mag, mein armseliges Leben ist verwickelt. Das tut mir leid, denn ich hatte mich schon so auf das G. gefreut, das ich in drei Wochen auf meine Viertel bekommen soll und mich mit Genuß verzehren wollte, wenn nicht wieder faul sein würde, wie das letzte, das vor vier Wochen beinahe hätte essen können.

An die hochberechneten Herren Mörder, die die Welt um mich Scheusal befreien wollen, habe ich nur einige bescheidenen Bitten, die ich zu berücksichtigen bitte.

Beim Sterben bitte ich mich nicht an den Hals zu legen, weil ich da zu flüchtig bin. Außerdem wirkt ein blutiger Mörder gegen mich unethisch. Da die Zigarren sehr knapp sind, bitte ich auch von Strohwerkchen auf die Linse Weizen abzugeben, weil ich da meine Zigaretten aus dem Meine hochberechneten Herren Mörder bitte ich ferner, sich auf meine Meinung zu nehmen, sie also nicht zu durchlöchern, denn ich habe noch keinen Begünstigen für einen neuen Anzug.

Zu besonderem Dank würden mich die Herren Mitarbeiter verpflichten, wenn sie mich immer einen Tag vor meinem Tode benachrichtigen wollten, damit ich jedesmal meinen Freunden einen Abschiedsschoppen stechen kann.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 8. März.

Die Getränkesteuer.

Wie bereits an dieser Stelle berichtet, ist eine scharfe Getränkesteuer für das Reich in Aussicht genommen. Aus dem Bier allein will man etwa Hundert Millionen Mark mehr als bisher heraus schlagen. Der Wein soll ebenfalls für das Reich besteuert werden, während wir jetzt nur einen Zoll auf ausländische Weine haben. Darüber ist man im Bundesrat einig. Differenzen zwischen den Einzelstaaten bestehen noch über Art und Höhe der Biersteuer und die Besteuerung alkoholfreier Getränke. Was die Bierbesteuerung betrifft, so soll an Stelle der bisherigen Brauereisteuer die Fabriksteuer treten, d. h. die Steuer auf das fertige Bier. Die Steuer soll von der Qualität des Getränkes abgestuft werden. Es sollen drei Sorten von Bier hergestellt werden: Einziges mit 3 1/2-6 Prozent Stammwürze, Vollbier mit 6-10 Prozent und Starkbier mit über 13 Prozent. Die Steuer soll betragen für Einziges 10 M pro Hektoliter, für Vollbier 15 M, für Starkbier 20 M. Außerdem soll der Liter Einziges mit 10 S, der Liter Vollbier mit 15 S, Starkbier mit 20 S besteuert werden. Das wäre also eine Steuer von 20 S, 30 S und 40 S auf den Liter, je nach der Qualität des Bieres.

Wir werden, sobald der Gesetzentwurf für die Getränkesteuer vorliegt, uns eingehend über diese ungeheuerliche Belastung der Konsumenten äußern. Schon die Ankündigung dieser Steuer läßt erkennen, wie sich die verbündeten Regierungen die Aufbringung der Kriegslasten denken. Wenn die Arbeiter nicht einig und geschlossen gegen diese lächerliche Steuer Stellung nehmen, werden sie ihr blaues Wunder erleben.

Die Sommerzeit beginnt in diesem Jahre am 15. April, d. h. am 2. Uhr und endet am 16. Sept., vormittags um 3 Uhr. Die öffentlichen Uhren sind am 15. April, vormittags 2 Uhr auf 3 Uhr vorzustellen, am 16. Sept., vormittags 3 Uhr auf 2 Uhr zurückstellen. Die Sommerzeit wird wieder eingeführt, weil sie für 1916 und 1917 vollauf bewährt hat. Außer den anerkannten Vorteilen für die Volksgesundheit sind erhebliche Ersparnisse an den für Beleuchtungszwecke nötigen Kraftstoffen erzielt worden.

Keine Affidavitbeschlagnahme. Das mehrfach verbreitete Gerücht, die Reichsbeschlagnahme beabsichtigt eine allgemeine Beschlagnahme der in Privatbesitz befindlichen Männerverkleidungsbekleidung, ist nicht. Eine Beschlagnahme ist, wie aus Berlin berichtet wird, nicht in Aussicht genommen, vielmehr eine zusammenfassende gleichmäßig über das ganze Reich sich erstreckende Organisation der freiwilligen Abgabe und Sammlung von getragenen Kleidungsstücken.

Für den bad. Heimatkund. Von ungenannter Seite ist dem Hr. Staatsminister die Summe von 50000 M. in fünfprozentigen deutschen Kriegsanleihen zur freien Verfügung zugewandt. Der Staatsminister hat den Betrag dem Verein „Bad. Heimatkund“ überwiesen. Ferner wurde dem Kreisrat des bad. Heimatkund von Hr. Elisabeth G. u. m. a. n. d. V. ein Betrag von 17. Februar in der Schloßkirche vorstehenden Kirchentages von 300 M. überwiesen.

Erfahrungsaussicht. Man schreibt uns: Purrhül Die Schmutz ist zu Ende! Die Erfahrungsgesellschaft m. b. H. in Berlin, die uns, resp. unsere Schuhmacher bisher so herrlich mit Leder und ganz besonders zweckmäßig mit Sperholzsohlen mit und ohne Schoner versorgt hat, hat in der Seiberdeustelungshalle eine Erfahrungsaussicht eröffnet, die bis zum 10. d. M. dauert. Die ausgestellten Gegenstände sind interessant und sehr reich, besonders für den Nichtschuhmann. Der Schuhmann jedoch, besonders derjenige, der in Erfahrungsaussicht gemacht hat, hat schon genug, wenn er nur das Wort „Erfahrung“ hört. Es sind da zu sehen Sohlen in allen möglichen Holzarten, Kreuz und quer und überzweigt zusammengesetzt, Sohlen von Draht und Holz, in Gummi und Eisen, in Horn und Gips, kurz, in allen Stoffen und Materialien, es fehlt nur noch Glas; alles vorgeführt, lose und aufgemacht, auch in schon getragenen und abgenutztem Zustande. Preise sind nirgends angegeben, die erfährt man erst beim Einkauf oder beim Schuh-

macher. Bald erfährt man dann wohl auch den Grad der Haltbarkeit. Eine Kritik wird man am besten unterlassen, man könnte sonst mit Berliner Liebenswürdigkeit hinauskomplimentiert werden. Kommt, seht und schmeigt! Denn es ist leider die Ansicht vorherrschend, daß wir alle über kurz oder lang entweder mit Holzsohlen vorlieb nehmen oder Parzer Kneipps Rat befolgen und barfuß laufen müssen. Im gleichen Maße wird zurzeit auch ein Kurs für Schuhmacher abgehalten, um das Aufmachen dieser Holzsohlen zu erlernen. Es werden da wirklich tadellos saubere Arbeiten hergestellt, jedoch sich selbst die feinste Dame nicht zu schämen braucht, in Holzsohlen über die Straße zu gehen. Leider wird die Haltbarkeit der Sohlen durch die Art des Aufmachens nicht verlängert, wie man in gewissen Kreisen anzunehmen beliebt. M. Z.

Or. Hoftheater. In Vorbereitung befindet sich zurzeit das musikalische Lustspiel „Frauenlist“ von Rudolf Lothar. Musik von Jango Ador, das in München, Leipzig und Frankfurt a. M. eine Reihe erfolgreicher Aufführungen erlebte. — Das nächste, sechste, Sinfoniekonzert des Hoforchesters findet am Donnerstag, den 14. März, statt.

Der Männergesangsverein „Concordia“ veranstaltet am Sonntag, den 10. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Saale des Städtischen Konzertsaales ein großes Konzert zugunsten des Badischen Heimatkundes. Unter Leitung seines Chormeisters, Herrn Heinrich Lehner, wird der Verein in einer Reihe von Männerchören seine alte Kunst zeigen, abwechselnd mit Vorträgen des Mädchenchors der Köchterschule, dessen Darbietungen nicht minder erfreuen dürfen. Mitglieder des Instrumentalvereins werden die Begleitung mehrerer Chöre übernehmen. Als Solisten gelang es der „Concordia“ sich besonders wertvolle Kräfte zu beschaffen. Hr. T. A. K. o. d., die im vergangenen Jahre mehrfach so erfolgreich in Konzerten spielte, wird mit ausgewählten Stücken von Liszt und Chopin den Abend bereichern, der in Hofopernsänger Josef Schöffel dazu einen Gesangsbeitrag ersten Grades erhält, dessen frisch quellende Sangesart ihm nicht geringe Beliebtheit schuf. So ist zu erwarten, daß dem Konzert eine große Beteiligung aus allen Kreisen sicher ist und auch der Bad. Heimatkund dadurch einen weiteren Gewinn davonträgt.

Kollektion. Mit einem wohl gut zusammengestellten Programm, das mancherlei Unterhaltung und Abwechslung bringt, wartet die Direktion dieser für die erste Märzhälfte auf. Eine feine Sourette, die einige ganz nette Sachen bringt, ist Marie Hanjel; ihr folgt der moderne Bildhauer Hans Hartmann, der durch die rasche Arbeit, mit der er die Masse formt, wie auch durch die geschickte Aufmachung seiner Masken überaus reichhaltig unterhält mit einigen recht hübsch gelungenen Couplets aus Verse, die auch die weiblichen Damen ihren „Mann“ helfen können. Viel Bewandnis und Humor zeigen J. W. und Max auf ihren Fahrern. Beide betonen sich auf ihren Mätern so leicht und geschickt wie „gewöhnliche“ Leute auf dem Erdboden; der männliche Teil des Künstlerpaars verzieht es, Stürme der Heiterkeit durch seine Ausgelassenheit und Tollheiten zu entfesseln. Die amnestischen Darbietungen der Alfred Parker Familie verdienen vollste Anerkennung, es werden da sehr schöne Zusammenstellungen gezeigt, die trotz ihrer Schwierigkeit und der dazu erforderlichen Kraft mit sicherer Ruhe und spielender Leichtigkeit vorgeführt werden. Dem zweiten Teil des Programms eröffnet das Renne-Quartett, akrobatischer Tanz-Act; die vier Damen versehen durch ihre grazilen Bewegungen angenehm zu fesseln, besonders anzuerkennen ist das präzise Zusammenpiel, im zweiten Teil ihrer Tänze geben sie auch Proben einer außerordentlichen akrobatischen Gelenkigkeit. Der böhmische Komiker Willi Riederer kann als die „Stütze“ des ganzen Programms bezeichnet werden, denn ihm wird der größte Beifall zu teil. Sein trockener Humor, wozu noch kommt, daß er auch zu singen und vortragen versteht, weiß zu zünden, seine Schläge erwecken stürmische Heiterkeit. Hier hat die Direktion einen guten Griff getan. Wie auch mit der letzten Nummer des Programms, 2 Silbaris, Glanzlichter-Neugier; es sind staunen erregende Tricks, die hier der männliche Teil der beiden Künstler tringt, und die Eleganz und Leichtigkeit, mit der sie ausgeführt werden, vermag dennoch nicht über ihre Schwierigkeit hinwegzutäuschen. — Nehmen wir noch die immer fleißige Hauskapelle hinzu, so haben wir wiederum ein Programm, das sich seinen Vorgängern würdig zur Seite stellen kann.

Schießversuch. Gestern nachmittag wurde ein 18 Jahre alter Volksschüler vor dem Hause Kaiserstraße Nr. 5 durch einen noch nicht ermittelten 12-15 Jahre alten Knaben mittelst eines Flobergewehres in die rechte Kopfschleife getroffen.

Kartenbahn-Flug. Zur Anzeige gelangte eine in der Kartenbahn wohnhafte 2. glückliche Frau, weil sie gegen Entgelt Karten geschlagen hat.

es besonders anerkannt werden, daß die Vorstellungen durchweg infolge der nie rastenden, durch Vereinerung getragenen Tätigkeit aller Beteiligten auf einer künstlerischen Höhe erhalten wurden, die wie von zahlreichen Stimmen bestätigt wird, eine freudige Liebertragung für jeden kunstverständigen Besucher war.

In den zwei Jahren konnte Gummab 1181 Vorstellungen geben, und wenn man die Vorstellungen des neuen Theaters in Vils, das belamlich aus Gumpold's Initiative und Tätigkeit seine Entstehung verdankt, dazu rechnet, so haben fast 2 Millionen unserer Zeitgenossen dem Theater an der Westfront einen frohen Abend zu verdanken.

Groß. Konfessionarium für Musik. Am Mittwoch, den 6. März fand ein Vorpiel der Ausbildungs-Klassen statt mit folgendem Programm: 1. Konzert Nr. 1. Satz von W. A. Mozart (Fräulein Emma Zimmermann, Begleitung: Fräulein Margarethe Varez); 2. Arie des Vasco aus „Die Africancrin“ von G. Meherbeer (Herr Heinrich Kuppinger, Begleitung: Fräulein Elise Ved); 3. Sonate B-Dur, op. 22, II. und III. Satz, von L. v. Beethoven (Fräulein Käthe Manede); 4. Streichquartett G-Moll, op. 18, Nr. 4, I. Satz, von L. v. Beethoven (Fräulein Erna Dietrich, Fräulein Elisabeth Reumann, Herr Karl Weisinger und Herr Fridolin Billing); 5. Konzert G-Moll, I. und II. Satz, von F. Mendelssohn-Bartholdy (Fräulein Hildegard Plum, Begleitung Fräulein Gertrud Weitenberger); 6. Arie des Nabanus aus „Ada“ von C. Verdi (Herr Heinrich Kuppinger, Begleitung: Fräulein Elise Ved); 7. Fingerring-Schwanz von A. Schumann (Allegro, Romantico, Scherzino, Intermezzo — Fräulein Elise Vedfeld). — Das nächste Vorpiel (Ausbildungsklassen) ist auf Mittwoch, den 13. März, abends 6 1/2 Uhr festgesetzt.

Theater und Musik.

Vom Theater an der Westfront. Am 12. Februar ds. J. konnte das Theater an der Westfront auf sein zweijähriges Bestehen zurückblicken. Als sein Gründer und Leiter, Direktor Fritz Gummab, vor 2 Jahren mit einem kleinen, aber gemächlichen Personal seine Gastspiele in Valenciennes, Douai, Cambrai, Tournai, St. Amand anfang, konnte er wohl selbst noch nicht ahnen, daß das Unternehmen sich nicht nur solange halten, sondern auch seinen jetzigen Umfang erreichen würde. Aber immerhin hat er mit richtigem Gefühl den Zeitpunkt erkannt, wo ein händiges Theater eine Notwendigkeit für unsere Zeitgenossen an der Front werden mußte. Mit eigenen Mitteln anfangs finanziert, konnte Gummab das erste Gastspielensemble schon nach 5 Wochen des Bestehens als sichere Unternehmung an die Verwaltung der 4. Armee übergeben und dann selbständig den weiteren Ausbau des vielversprechenden Anfangs organisieren.

Dieses händige Gastspielensemble sind auf diese Weise ins Leben gerufen, von denen das älteste auf Wunsch der 4. Armee ganz in deren Verwaltung überging, während die drei anderen unter der direkten Leitung Gummab's blieben und in allen anderen Armeen der Westfront ihre Gastspiele fortführten. Eines davon, die Operette, hat natürlich in besonderer Maße Beliebtheit erlangt, so daß heute von Orlende, Blantzenberge und Zeilange bis herunter nach Montigny und Langoy fast jeder namhafte Ort zur Domäne des Theaters an der Westfront gehört.

Bei der beständig wechselnden Beschaffenheit des Spielorts, von dem fünf-Millionenbesatz des aller neuen Theaters und den weitläufigeren, größeren und kleineren Provinztheatern Frankreichs und Belgiens bis zu den improvisierten Bühnen in Magagnen, so Schönen in kleineren Orten nicht hinter der Feuerlinie maß-

Letzte Nachrichten.

Die Mannheimer „Volkstimme“ verboten.
Das stellvertretende Generalkommando des 14. Armeekorps hat das Weitererscheinen der „Volkstimme“, wie das Blatt selber mitteilt, wegen wiederholter Zuwiderhandlungen gegen ausdrücklich erlassene Anordnungen auf die Dauer von drei Tagen verboten. (N. Bad. Anstg.)

Prozeß gegen den Mörder Jaurès.
Bern, 8. März. Wie Pariser Blätter melden, wird die Verhandlung gegen den Mörder von Jaurès, Villain, am 26. März vor dem Schwurgericht des Seinedepartements stattfinden.

Neue Versenkungen.
Berlin, 6. März. (Amtlich.) Durch unsere U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz 21000 BRZ. Handelschiffraum vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befinden sich der englische bewaffnete Dampfer „Unitou“ (3680 BRZ.) mit Kohlenladung, ferner 2 bewaffnete Dampfer von 5000 und 4000 BRZ. Ein Dampfer hatte Erz und Gold für England. Die Erfolge wurden zum größten Teil in der Irischen See erzielt.

Zwei große englische Dampfer versenkt.
London, 6. März. (W. B. Nicht amtlich.) Der Dampfer „Calgarian“ (17500 BRZ.), der früher der „Allen-Grüne“ gehörte, und im Jahre 1914 gebaut wurde, wurde Freitag nacht an der irischen Küste versenkt. Es heißt, daß mehrere Torpedos auf das Schiff abgefeuert wurden. Wie verlautet, führte das Schiff eine Besatzung von 400 Mann und hatte außerdem 150 Matrosen der Kriegsmarine an Bord.

Amsterdam, 6. März. (W. B. Nicht amtlich.) Nach einer Neutermelung aus London war der Dampfer „Calgarian“ als bewaffneter Hilfskreuzer im Dienst. Zwei Offiziere und 46 Mann sind bei der Versenkung umgekommen.
London, 6. März. (W. B. Nicht amtlich.) Neuter. Es verlautet, der Dampfer „Kenmare“, ein Schiff von 13080 BRZ., aus Cork sei von einem deutschen Unterseeboot torpediert worden. 6 Mann der Besatzung wurden von einem vorüberfliegenden Dampfer aufgenommen.

Amerika und Japan.
New York, 8. März. Nach einer halbamtlichen Meldung der „Associated Press“ aus Washington haben sich Japan und seine Verbündeten auf den Grund ab geeinigt, daß, wenn sich der deutsche Einfluß in Sibirien in schädlicher Weise geltend mache und unmittelbare Gefahr für den Verlust von Kriegsvorräten bestehe, Japan berechtigt sein soll, militärische Maßnahmen zu ergreifen, um seiner Verpflichtung gemäß den Frieden im fernem Osten für die Dauer des Krieges zu erhalten. Meinungsverschiedenheiten bestehen darüber, ob Japan bei einer solchen Unternehmung unterstützt werden soll. Die Vereinigten Staaten erteilten keine formelle Zustimmung zu den Vätern Japans, aber die Lage Japans findet volles Verständnis und wenn Amerika nicht förmlich zustimmt, so wird es keine ungünstige Wirkung auf die beiderseitigen Beziehungen haben.

Man traut Lloyd George nicht mehr.
W. B. Amsterdam, 7. März. (Nicht amtlich.) Die englische Wochenchrift „Truth“ erklärt, sie könne in Zukunft keine Mitteilungen Lloyd Georges über den U-Boottkrieg nach den unrichtigen Angaben, die er bisher darüber gemacht habe, nicht mehr trauen. Im August habe er erklärt, daß im ersten Halbjahr 1917 484000 Tonnen Handelschiffraum erbaute worden seien und daß in der zweiten Hälfte 1090000 Tonnen vollendet werden würden. Nach den Angaben Bonar Law's im Unterhaus seien nur wenig mehr als 60 Prozent davon hergestellt worden. Lloyd George hat ferner im August mitgeteilt, daß 330000 Tonnen durch Kauf erworben worden seien, wogegen tatsächlich nur 140000 Tonnen gekauft wurden. Einen dritten „Yrrtum“ habe Lloyd George begangen, indem er verpicht, daß in dem Jahre 1917 der englische Schiffraum um 1904000 Tonnen vermehrt werden würde, wogegen diese Vermehrung nur 1338477 Tonnen betragen habe, also eine Uebertreibung von 42,8 Prozent.

Das Luftkriegsprogramm Amerikas.
W. B. Washington, 7. März. (Nicht amtlich.) Die weitere Bewilligung der 450 Millionen Dollars für das Luftkriegsprogramm wurde durch das Kriegsdepartement vom Kongreß gefordert über die bereits ausgemerkten 640 Millionen Dollars hinaus. Der Senatsauschuß wurde benachrichtigt, daß 200 Millionen Dollars sofort gebraucht würden. Das Ziel ist, den Vereinigten Staaten auf ihrem Kampfabschnitt die Uebermacht im Luftkampf zu sichern. Der letzte Posten beträgt 50 Millionen zu Divanen und Quartieren.

Philadelphia, 4. März. Meldung des Reuterischen Bureaus. Ein Konvent, der sich „Gewinnet den Krieg für den dauernden Frieden“ nennt, wird hier für den 16. Mai zusammenberufen. Der Aufruf ist unterzeichnet von dem frühesten Präsidenten Taft, dem Kardinal Gibbons und von Samuel Compers und anderen angesehenen Persönlichkeiten. Er erklärt als Ziel des Konventes den Entschluß des amerikanischen Volkes bis zur Niederlage der preussischen Militarismus zu kämpfen, zu unterstützen und den Widerstand zu bekämpfen gegen einen vorzeitigen Frieden. Ferner soll er als Brennpunkt einer Anstrengung wirken, die auf einen dauerhaften, durch die Liga der Nationen gesicherten Frieden gerichtet ist.

Moskau wird Hauptstadt von Rußland.
Petersburg, 6. März. (W. B. Nicht amtlich.) Neutermelung. Die Abendblätter bestätigen den Beschluß der Regierung, trotz der Unterzeichnung des Friedens mit der Verlegung der Staatseinrichtungen nach Moskau, Michni-Novgorod und Kajan fortzuführen. Heute wird mit der Verlegung der Kommissariate für Auswärtige Angelegenheiten, für das Verkehrsministerium und die Finanzen begonnen. Die Regierung wird bald eine Erklärung veröffentlicht, daß es notwendig sei, die Hauptstadt nach Moskau zu verlegen, da es unmöglich sei, die Hauptstadt an der Grenze des Staates zu belassen, wenn Petersburg für einen Freispaß erklärt sein werde.

Nenes vom Tage.

Breslau, 7. März. (Privattelegramm.) Die Ehefrau des Magistratsassistenten Gohle wurde wegen Betrugs in elf Fällen wegen Beamtenebstehens und wegen Lotteriebergehens zu insgesamt 6 Jahren Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und 1800 M. Geldstrafe, der Mann Gohle wegen Beihilfe zum Betrugs in neun Fällen zu einem Jahr Gefängnis und wegen Lotteriebergehens zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Das Gericht hatte dabei als strafmildernden Umstand in Betracht gezogen, daß die Gläubiger der Frau Gohle zum größten Teil ihr Schicksal mitverschuldet haben.

Kommunalpolitik.

Zur Wohnungsnot in Gaggenau
Wird uns in Ergänzung unserer Ausführungen in der Nr. 55 vom 6. März aus Gewerkschaftskreisen noch geschrieben:

Schon vor 10 Jahren haben die Gewerkschaften auf die hier vorhandene Wohnungsnot hingewiesen und an die Gemeinde das Erstellen von Arbeiterwohnhäusern zu erstellen, doch wurde dies mit dem Hinweis auf die schwere finanzielle Belastung der Gemeinde abgelehnt, obwohl auf der anderen Seite dem Gemeindefiskus durch die vielen tausende Mark dadurch verloren gingen, daß die Familien einfach in Nachbargemeinden verzogen. Auch damals wurde eine gemeinnützige Bau genossenschaft zu gründen, schlugen fehl, trotzdem sich der damalige Kartellvorsitzende Hursch und Herr Landeswohnungsinspektor Dr. Kampffmeyer alle erdenkliche Mühe gaben. Die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Schaltung war bei der Arbeiterchaft noch zu jung, sie konnte die Tragweite ihrer damaligen unverständlichen Haltung noch nicht ermessen. So kam es, daß die Mieter auf die paar Privathäuser, die jedes Jahr erstellt wurden, angewiesen waren. Trotz zum Teil sehr erheblicher Verzögerungen der industriellen Anlagen taten die Fabrikleitungen nichts für die Erbauung von Arbeiterwohnungen. So hatten wir dann bei Ausbruch des Krieges schon eine Wohnungsnot, wie sie schlimmer in keiner Großstadt sein konnte. Der Krieg brachte allen unseren industriellen Werken Herreslieferungen in Hülle und Fülle und eines derselben hat heute eine um mindestens 100 Prozent größere Arbeiterzahl als früher. Das bewirkte natürlich wiederum einen starken Fremdenzufluß und zugleich eine bedeutende Ver-

größerung der Wohnungsnot. Heute, nach dreieinhalbjährigen Kriegen, stehen wir hier vor einer Katastrophe, die zu beheben in nächster Zeit unmöglich erscheint. Verschlimmert wird die Lage noch dadurch, daß das Eisenwerk noch Privathäuser aufkauft, um sie dann „höheren“ Beamten ganz zu überlassen, die natürlich nicht mehr vermieten. Ein anderer Teil rücksichtsloser Hausbesitzer vermietet die Wohnungen überhaupt nicht mehr, und so kommt es, daß auf 1. April Duzende Familien Wohnungen suchen, aber keine finden, weil keine einzige frei ist. Dazu kommen noch mindestens 50 verheiratete Beamte und Arbeiter, die ihre Familien gern hier hätten, um keine zwei Haushaltungen führen zu müssen; auch für sie ist keine Wohnung weder hier, noch in Koblentz oder Ottenau zu haben, nicht einmal die ledigen Arbeiter können mehr untergebracht werden.

Ein Fall von vielen ist typisch genug, um ihn hier anzuführen. Mitten im vorigen Winter bei 20 Grad Kälte mußte ein totkranke Mann mit seiner Familie in eine frühere Schreinerwerkstätte ziehen, in der bald keine ganze Heiserfamilie, noch weniger ein Ofen zum Heizen war. Erst auf energische Vorstellungen beim Bürgermeisteramt und Landeskommissar wurde der Familie eine halbwegs anständige Wohnung besorgt. Wenige Tage darnach handelte der Mann sein Jammerdasein aus. Am 1. April d. J. über kam es gleich Duzende Familien treffen, in die Werkstätten gehen zu müssen, vorausgesetzt, daß genug vorhanden sind oder die Familien es nicht vorziehen, sich von reklamierten Verteidigern unserer Heimat waffendie Unterhände ausheben zu lassen. Die Folgen all dieser Zustände sind gewaltige Preisüberbietungen und völlig ungerechtfertigte Mietpreissteigerungen.

Weser hat sich niemand, auch keine Behörde, um diese himmelschreienden Zustände gekümmert. Nun aber erheben die Mieter geschlossen entschiedenen Protest, sie verlangen Hilfe von den maßgebenden Behörden, von der Regierung. Die Forderungen sind: 1. Ausbehebung des Wohnungsnachweises auf Gemeinden bis zu 3000 Einwohner herab; 2. Zwang, jede leerstehende Wohnung zu vermieten; 3. Keinem Mieter darf während des Krieges gekündigt werden, wenn er sich nicht grobe Verstöße gegen die Hausordnung zuschulden kommen läßt; 4. Schaffung eines Miet-einigungsamtes.

Den Direktionen aber rufen die Mieter zu: Helft auch ihr, die in aller nächster Zeit entsetzende gemeinnützige Bau genossenschaft zu finanzieren; denn die Werke haben in allererster Linie

den Vorteil davon, wenn genügend Wohnungen zu erträglichem Preise zu haben sind. Die Arbeiterschaft hat kein Interesse an Werkwohnungen, warum, ist bekannt und braucht hier nicht erörtert zu werden. Die Beamten und Arbeiter ermahnen wir, nicht der Auf in sie ergeht, der Bau genossenschaft vollständig beizutreten, auch die Gemeinde wird jetzt ihr möglichstes tun. Nur wenn so lästiges Band in Gait gebröckelt wird, von der Regierung bis zum letzten Mieter, dann lassen sich in absehbarer Zeit, dem Krieg entgegenkommend erträgliche Zustände schaffen, zum Wohl der Werke, der Gemeinde und der Mieter.

Brühl, 6. März. Der Bürgerausschuß stimmte in seiner Sitzung am vergangenen Samstag dem aufgestellten Haushaltsplan für 1918 zu. Er erhält an Einnahmen 80910 M., an Ausgaben 183808 M.

Gerichtszeitung.

Mannheim, 7. März. Vor der Strafkammer hatten sich der 16jährige Wilhelm Walter aus Pfalzstadt und der Valentin Klinghoff aus Pfalzstadt wegen einer Reihe frecher Einbruchstähle zu verantworten. Die trotz ihrer Jugend rückfälligen Täter erhielten längere Gefängnisstrafen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe (Sängerbund Vorwärts). Die auf Samstag Abend angelegte Besprechung findet umlandes aber nächsten Samstag, den 16. ds. Mts. statt. Um mündliche Weiterverbreitung wird erucht.
Karlsruhe (Naturfreunde). 10. März Tageshour. Ettlingen, Moosbrunn-Alb, Abf. 6.31 Albtalbahnhof.
Durlach (Freie Turnerschaft, geg. 1890). Samstag, den 9. März, abends punkt 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Lamm“. Hochwichtiger Tagesordnung halber werden alle noch anwesenden Mitglieder erucht, vollzählig zu erscheinen.
Brühl (Sozialdemokratische Partei). Sonntag, nachmittags 2 Uhr im Lokal „Zur Pfalz“ Versammlung. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Radt, für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Poststraße 24.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Karlsruhe.

Am Sonntag den 10. März, nachmittags 1/2 3 Uhr, findet in der „Kronenhalle“, Kronenstr. 3, eine

Mitgliederversammlung

statt. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Kriegs-Ortsausschuß der Karlsruher Rasensportvereine.
Sonntag, den 10. März 1918, nachm. 1/2 3 Uhr auf dem K. F.-V.-Platz (gegenüber der Telegrafenkaserne)
Auslese-Spiel
zur Bildung der Karlsruher Städtemannschaft zwischen A- und B-Mannschaft. 2802

Handelschule der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe.

Zirkelstraße 22.
Abteilung: Handelsjahresschule.

Vorbereitungsschule für den kaufmännischen Beruf für Knaben und Mädchen mit Ganztagsunterricht, wöchentlich 33 Stunden.

Beginn neuer Jahresklassen: Oftern dieses Jahres.

Die Unterrichtsfächer sind: Deutsch, kaufmännischer Briefwechsel mit Kontorarbeiten, Handels- und Bürgerkunde, Wechsel- und Schecklehre, kaufmännisches Rechnen, Buchführung, Wirtschaftsgeographie, Fremdsprachen (Französisch oder Englisch; eine Fremdsprache ist Pflichtfach), Schönschreiben, Stenographie, Maschinenschreiben.

Schulgeld für den ganzen Jahreskurs M. 72.—

Die Ausgaben für Lernmittel betragen etwa 25 M. für das Jahr.

Der erfolgreiche Besuch der Handelsjahresschule entbindet vom Besuche der dreijährigen Pflichtenhandelschule. Die in der Handelsjahresschule vorgebildeten Lehrlinge und Lehrlinginnen belassen, sofern sie das 18. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben und in einem Handelsbetriebe tätig sind, die Pflichtenhandelschule nur noch in zwei Jahreskursen mit drei Wochenstunden.

Ausführlicher Prospekt wird auf Verlangen frei gestellt.

Anmeldungen werden von heute bis 6. April in den üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. 2780

Das Rektorat.

Jeder Dame, welche ihr ausgefallenes Haar einfindet, fertige schöne Zöpfe, Haarketten, Hüppenverfüten usw. billigt an. Defekte Haararbeiten repariere billig.
Karl Mösch, Friseur
Ame bei Durlach. 2796

Abgängige Tiere
aller Art kauft
Städtisches Gartenamt
Karlsruhe. 2136

Bei der
Städt. Handwagen-Vermietungsstelle

Gaswert 1, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350.

Stehen Handwagen mit Bedienung durch Fahrer für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung.

Die Miete einschließlich Bedienung beträgt für eine Stunde 75 S. Sie ist im voraus zu bezahlen.

Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller am Tage vorher oder spätestens am Bestimmungstage bis vorm. 9 Uhr anzubringen.

Die Vermietungsstelle Adlerstraße 35 ist wegen geringer Inanspruchnahme bis auf weiteres aufgehoben worden.

Das Bürgermeisteramt.

Einem guten Fang

macht jedermann der seinen Bedarf in Messer u. Stahlwaren jeder Art deckt, wo dieselben auch fachmännisch geschliffen und repariert werden können. 216
Karl Hummel, Werderstrasse Nr. 13, Telefon 1547.

Daniels Konfektionshaus

Karlsruhe, Wilhelmstr. 34, 1 Treppe

empfeht zum Frühjahr

Jackenkleider, Röcke, Blusen aus guten, reinwollenen und halbwollenen Stoffen und aus Seide.

Schwarze Tuchpalefots, Selden- u. Moiré-Jacken. Selden-Mäntel, Uebergangsmäntel.

Blusen aus Waschstoff, Satin, Voile, Tüll und Seidentrikot

Unterröcke aus Seide, Satin und Voile.

Grosse Auswahl. Keine Ladenspesen.

Gesucht werden:

Köchinnen für Privat

Mädchen für alles

Mädchen zum Malern sowie

Stundenfrauen für häusliche Arbeiten für sofort oder später. 2137

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe

Jähringerstr. 100., 2. Stock

Stadtgarten Jahreskarten betr.

Die Inhaber von Schuldverschreibungen des bad. Vereins für Geflügelzucht (Vog. Tiergartenaktien) über 100 bis 500 Gulden haben zur Erlangung der ihnen nach § 11 der Beschlüsse für die Vergütung des Stadtgartens zustehenden Karten ebenfalls Bestellscheine wie sie beim Gartenamt, Ettlingerstraße 6 und bei den beiden Stadtgartenbesitzern zu haben sind, auszufüllen und diese mit ihren Schuldverschreibungen beim Gartenamt (nicht beim Hauptsekretariat) vorzulegen.

Karlsruhe, den 7. März 1918. 2784

Städt. Gartenamt.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt eine größere Anzahl kräftiger

Männer u. Frauen

für verschiedene Betriebe bei der Stadtverwaltung.

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe

Jähringerstraße 100.

VII. Kriegsanleihe.

Die Kriegsanleihe-Stücke zu 500 M. sind teilweise eingetroffen. Dieselben werden, soweit der Vorrat reicht, an unsere Zeichner gegen Rückgabe der ausgestellten Bescheinigungen abgegeben.

Karlsruhe, den 7. März 1918. 2800

Städtische Sparkasse.

Frisch gewässerten
Stoßfisch
Pfund 1.80 M.

Abfallstücke
Pfund 60 Pf.
empfeht 2905

Carl Pfeffler
Gebrüderstraße 23.
— Nur vormittags geöffnet. —
Bitte Korb oder Papier mitbringen.

Revolver, Pistolen, Jagdmuskeln, Lauf
Levy, An- u. Verkaufsgeschäft,
Marktgrabenstr. 22.

Kommunikationskrank
samt Krankschein zu verkaufen
Marktgrabenstr. 7, 3. St. r.

Ständebuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Todesfälle, Margaretha Majetter, alt 81 J., ledig, gewohnt bei Magdalena Dohs, alt 32 J., Ehefrau von Karl Dohs, Maurermeister. — Mina, alt 3 J., E. + Karl Dettinger, Tagelöhner.

100 Postkarten, ganz
Prachtfarbig, enth.: Gold-Glanz, Broms-, Kunst-, Blumen-, Kopf-, Kinder-, Geburtstags-, Liebes-, Landschaft-, Witzkarten usw. 650 M. (10-80 Pf. Verkauf); Tausende Anerkennungs-100 Karten 3, 5, 6 M. Osterkarten 3, 5, 10, 12 M. P. Wagenknecht, Verlag, Leipzig.

Hilfsarbeiter
auf sofort gesucht.
Städt. Wilh. Amt
Jähringerstraße 47.

Lüchtige
Putzfrau
gesucht.
Wohnung zwischen 3 und 5 Uhr.
Bad. Feuerversicherungsbank
Karlsruhe 84, 2. Stock.